

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 1,50 Mk. monatlich 1,50 Mk. vierteljährlich 3,00 Mk. halbjährlich 5,00 Mk. jährlich 10,00 Mk. Einmalige Nummer 3 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustration 5 Pfg. Postabonnements: 1,50 Mk. pro Monat eingezogen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mk. für das übrige Ausland 4 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.
 Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigte Zeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungen 50 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das (eingezeichnete) Wort 20 Pfg. (täglich 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Streifenzeile und Schlußzeilen zeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonntagsredaktion: Amt: Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt: Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Keine Schifffahrt mehr in der Nordsee!

Englischer Angriff bei Miraumont — Französische Vorstöße bei Berry au Bac und bei Ripont — Kämpfe haben nördlich des Oitot-Tales begonnen.
 Amtlich. Großes Hauptquartier, den 17. Februar 1917. (B. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Secresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 An der Aisne-Gebiet und im Somme-Gebiet, besonders an beiden Ufern der Aisne erreichte der Artilleriekampf beträchtliche Stärke. An mehreren Stellen wurden englische Erkundungsabteilungen, südlich von Miraumont ein nach Tronvillers einziehender stärkerer Angriff abgewiesen.

Secresgruppe Kronprinz.
 An der Aisne, westlich von Berry au Bac, und in der Champagne, südlich von Ripont, schlugen französische Vorstöße fehl.

Unsere Fliegergeschwader bewarfen wichtige Anlagen hinter der feindlichen Front ausgiebig mit Bomben. An der Somme flozen mehrere Munitionslager der Gegner in die Luft; Knall und Erderschütterung waren bis St. Quentin wahrnehmbar.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
 Bei Jüzi, südwestlich von Luch, bei Zborow, südlich von Brzezany und südwestlich von Stanislaw scheiterten russische Unternehmungen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.
 Auf den Höhen nördlich des Oitot-Tales haben sich seit Morgengrauen Kämpfe entsponnen.

Bei der **Secresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen** und an der

Mazedonischen Front
 hat sich die Lage bei geringer Geschwindigkeit nicht geändert. Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.
 Amtlich. Berlin, den 17. Februar. Abends.
 An der Aisne haben sich vormittags bei starkem Artilleriefeuer neue Infanteriekämpfe entwickelt. Im Osten keine besonderen Ereignisse.

Amtlich. Berlin, 17. Februar. Deutsche Marineflugzeuge belegten in der Nacht vom 15. zum 16. Februar die Flugplätze St. Pol bei Dänkirchen und Coxyde mit Bomben. Einschläge in Gebäuden der Flugplatzanlagen wurden beobachtet. Ferner hat ein Wasserflugzeug die in den Downs liegenden Handelsschiffe mit zwanzig Bomben angegriffen. Sämtliche Flugzeuge sind zurückgekehrt.

Der österreichische Bericht.
 Wien, 17. Februar 1917. (B. Z. S.) Amtlich wird verlautbart:
Westlicher Kriegsschauplatz.
 Seit heute morgen greift der Feind unsere Stellungen nordwestlich Hertzstrau an; die Kämpfe sind im Gange.
 Bei Stanislaw südlich Zborow und südlich Brzezany wiesen unsere Feldwachen härtere russische Erkundungsabteilungen ab.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.
 Keine wesentlichen Ereignisse.
 Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Osser, Feldmarschalleutnant.

Stadt und Land.
 Das Verhältnis zwischen Stadt und Land hat sich im Verlaufe dieses Krieges nicht gebessert. Keinerlei burgfriedliche Erwägung kann uns dazu bringen, vor dieser Tatsache den Kopf in den Sand zu stecken. Es kann sich heute nur darum handeln, sie festzustellen und auf ihre Ursachen zu untersuchen.
 Die wichtigste Ursache liegt darin, daß die städtische Bevölkerung von den Leistungen der Landwirtschaft während des Krieges stark enttäuscht ist. Es war taktisch nicht gerade geschickt, daß in der gestrigen Volksversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats der Vorsitzende, Graf Schwerin-Löwitz, an folgende Worte Wilhelms II. erinnerte:
 „Es steht außer jedem Zweifel, daß die deutsche Landwirtschaft technisch im Stande ist, nicht nur die jetzige Bevölkerung des Reichs, sondern auch die künftige vermehrte Volksmenge mit den wichtigsten Nahrungsmitteln zu versorgen. Das können und das müssen wir.“
 Das stärkste Argument für den Agrarschutz bestand in der Behauptung, daß nur durch den Zoll die Landwirtschaft in die Lage versetzt werde, sich so zu entwickeln, daß sie auch im Fall einer kriegerischen Absperrung die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen könne. Nun können die Schutzzöllner freilich immer noch sagen, daß es ohne Schutzzoll noch schlimmer geworden wäre. Aber die städtische Bevölkerung hat nun einmal für die Sicherstellung ihres Bedarfs im Kriegsfall jahrelang in Form erhöhter Nahrungsmittelpreise eine so hohe Versicherungsprämie gezahlt, daß man ihr die Frage nicht abnehmen kann, ob sich dieses Geschäft für sie rentiert hat.
 Mit einem Krieg von so langer Dauer, mit einer so enormen Entziehung von menschlichen und tierischen Arbeitskräften hatte freilich niemand gerechnet. Die Schwierigkeiten, mit denen die landwirtschaftliche Produktion zu kämpfen hat, übersteigen alle früheren Vorstellungen. Das muß man ohne weiteres anerkennen. Damit erledigt sich aber noch nicht die Frage, ob die Landwirtschaft wirklich das Höchstmögliche leistet, was sie leisten könnte, ob nicht vielfach Spekulation auf Uebergewinne und ländliche Damsterei die Lebensmittelerzeugung der Städte verringert und verteuert. Dem Landwirt geht es heute im Durchschnitt besser als dem Städter. Das hat auch Graf Schwerin-Löwitz anerkannt, indem er im Deutschen Landwirtschaftsrat sagte:
 „Wohl mag es auch mancher Bauernfrau oder Landarbeiterin blutausweren, sich unter den jetzigen Schwierigkeiten noch durchzuschlagen, aber dennoch ist es ja natürlich, daß der Mangel auf dem Lande weniger schwer empfunden wird, als in der breiten Masse der städtischen und gewerblichen Bevölkerung. Darin liegt eine gewisse Entschädigung der Landbevölkerung für manche Entbehrungen, welche die Landbevölkerung gegenüber der städtischen und gewerblichen Bevölkerung zu tragen hat.“
 Man kann den Vorwurf der Zurückhaltung von Lebensmitteln gar nicht vorzüglich formulieren, als es der Vorsitzende des Deutschen Landwirtschaftsrats da getan hat, aber bestätigt wird er durch seine Ausführungen doch. Was auf dem Lande vielfach geschieht, ist menschlich, und würde man heute an die Stelle der Landwirte städtische Arbeiter setzen, so würden diese wahrscheinlich auch nicht anders handeln. Trotz aller schönen Reden vom nationalen Zusammenhalt bleibt sich doch jeder selbst der nächste — und das sich der Landwirt nicht freiwillig auf städtische Nationen beschränken will, um den Ueberschuß der städtischen Bevölkerung zuzuwenden, ist begreiflich. Wohl dem, der heutzutage über eine gefüllte Speisekammer verfügt!
 Wir Sozialisten haben niemals geglaubt, daß sich soziale Differenzen durch bewußte Aufrufe an die vom Glück Begünstigten beseitigen lassen, sondern wir erwarten das Heil von einer gesunden sozialen Organisation. Daß die nur fehlt, das ist uns in zweieinhalb Kriegsjahren schmerzlich zu Bewußtsein gekommen, und sie mitten im Kriege durchzuführen, ist gewiß nicht leicht. Es ist schon deshalb nicht leicht, weil ihre Gegner sehr mächtig sind und — was eben auch in der menschlichen Natur begründet liegt — alle Dinge der Welt nur aus dem Gesichtswinkel ihrer eigenen Interessen heraus betrachten. Keinen besseren Beweis kann man für diese Tatsache finden, als die jetzigen Beschlüsse des Landwirtschaftsrats über die Aufstellung eines Kriegswirtschaftsplans für das Jahr 1917/18, in denen es heißt:
 Die Zwangsbewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse von einer Zentralstelle aus hat sich vielfach nicht bewährt. Sie führt zu einer sachlich nicht begründeten Verteuerung der Erzeugnisse und läßt häufig die Ware vom Markt verschwinden, ohne die Festigung bestimmt zugesicherter Mengen zu gewährleisten.“

Ueber zehntausend Tonnen versenkt.
 In der Nordsee keine Handelsschifffahrt mehr.
 Berlin, 17. Februar. Am fünfzehnten Februar wurde veröffentlicht, daß ein U-Boot Schiffe von insgesamt fünfundsiebzigtausend Br.-Reg.-Tn. versenkt habe. Hierunter befanden sich folgende, bisher in der Presse nicht genannte Schiffe: Englischer Dampfer Oravina (1142 Br.-Reg.-Tn.), Ladung: Südröhre; italienischer Segler Maria (1082 Br.-Reg.-Tn.) mit Kaffee nach London; schwedischer Segler Hugo Hamilton (2563 Br.-Reg.-Tn.) mit Salpeterladung. Unter den übrigen Schiffen war ein Dampfer von 4500 Br.-Reg.-Tn. mit Kriegsmaterial im Werte von 60 000 000 M. nach Australien, ein Dampfer von 8 200 Br.-Reg.-Tn. mit Stückgut nach Australien, ein Segler von 2000 Br.-Reg.-Tn. mit Waldladung, ein Dampfer von 3000 Br.-Reg.-Tn. mit Kohlen nach Frankreich und ein Dreimast-Bollschiff von 2700 Br.-Reg.-Tn., das Salpeter nach Bordeaux führte. Achtzehn Gefangene wurden eingebracht, darunter vier Kapitäne.
 Ferner wurden neuerdings als versenkt gemeldet: Drei Dampfer mit 9300 Br.-Reg.-Tn. und sechs Fischerfahrzeuge mit 900 Br.-Reg.-Tn. — Bemerkenswert ist noch, daß eine Reihe der aus der Nordsee zurückgekehrten U-Boote gemeldet hat, daß sie in der Nordsee keinen Handelsschiffverkehr angetroffen haben.

Rücktritt Vanderveldes?
 Haag, 17. Februar („Jef. Stg.“) Das im Haag erscheinende belgische Blatt „De Vrij Belgie“ meldet aus Havre, es sei nicht unwahrscheinlich, daß sich Minister Vandervelde von der Regierung zurückziehen werde. Als Anlaß werden zahlreiche Schwierigkeiten, die zwischen ihm und anderen Mitgliedern der Regierung entstanden seien und gewisse disziplinarische Maßnahmen gegen eine Gruppe von Munitionsarbeitern genannt.

Englisches Transportschiff gesunken.
 Rotterdam, 17. Februar. Hier eingetroffene Nachrichten besagen, daß am 12. Februar in der Themsemündung beim Zunftschiff ein englisches Transportschiff auf eine Mine gelaufen und gesunken ist.
Englischer Luftangriff auf den Brügger Hafen.
 London, 15. Februar. (Neuter.) Die Admiralität teilt mit, daß Marineflugzeuge am 14. Februar einen Angriff auf den Hafen und die Schiffe von Brügge unternahmen. Es wurde ein beträchtliches Gewicht von Bomben mit dem besten Erfolg abgeworfen. Alle Piloten und Maschinen mit Ausnahme von einer kehrten wohlbehalten zurück. Am 12. Februar wurde auf einer Erkundungsfahrt im östlichen Mittelmeer eines unserer Flugzeuge von Jokersflugzeugen abgeschossen, Pilot und Beobachter wurden, nachdem sie ihre Maschinen verbrannt hatten, gefangen genommen. Ein Jokersflugzeug wurde von unserem Begleitflugzeug aus einer Entfernung von 50 Yards zerstört.
 Von deutscher amtlicher Stelle wird hierzu mitgeteilt, daß der Angriff am 14. 2. ohne jeden Erfolg war. Er wurde durch unser Sperrfeuer ersicht. Weder an den Hafenanlagen von Brügge, noch auf den im Hafen liegenden Fahrzeugen ist irgendein Schaden angerichtet.

Deutschland und Amerika.
Ein Vermittlungsversuch der Gewerkschaftsverbände.
 Der „Avanti“, das Organ der sozialdemokratischen Partei Italiens, berichtet, daß der Präsident der American Federation of Labor Gompers an den Vorsitzenden der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands Legien ein Telegramm geschickt hat mit der Aufforderung, auf die deutsche Regierung dahin einzuwirken, daß durch den U-Boot-Krieg nicht eine Erweiterung des Weltkonflikts herbeigeführt wird. Die Angabe des „Avanti“ ist richtig. In der Nacht vom 8. zum 9. Februar 1917 hat Legien das folgende Telegramm erhalten:
 „Legien, Berlin. Können Sie nicht auf die deutsche Regierung einwirken, daß ein Bruch mit den Vereinigten Staaten vermieden und hierdurch ein allgemeiner Konflikt verhindert wird?“
 Am 9. Februar ist die folgende Antwort auf das Telegramm an Gompers abgegangen:
 „Gompers, New York.
 Die deutsche Arbeiterklasse hat seit Kriegsbeginn für den Frieden gewirkt und ist gegen jede Kriegserweiterung. Die Ablehnung des deutschen aufrichtigen Angebots sofortiger Friedensverhandlungen, die Fortleitung des grausamen Hungerskrieges gegen unsere Frauen, Kinder und Greise, des Feindes offen eingestanden auf Deutschlands Betätigung gerichtete Kriegsziele, haben die Verschärfung des Krieges herausgefordert. Eine Einwirkung meinerseits auf die Regierung ist nur erfolgversprechend, wenn Amerika England zur Einstellung des völkerrechtswidrigen Hungerskrieges veranlaßt. Ich appelliere an die amerikanische Arbeiterklasse, sich nicht als Beleg der Kriegsbeyer gebrauchen zu lassen und nicht durch Befahren der Kriegsjone den Krieg zu erweitern. Die internationale Arbeiterklasse muß unerschütterlich für sofortigen Frieden wirken.“
 Karl Legien.“
 Durch Rückfrage ist festgestellt, daß dieses Telegramm in den Vereinigten Staaten angekommen ist.

Man braucht, um den trassen Irrtum dieser Behauptung darzutun, nur auf jene Lebensmittel zu verweisen, die einer zentralen Bewirtschaftung nicht unterliegen haben. Ist viel leicht bei ihnen keine „sachlich begründete Verteuerung“ erfolgt, sind sie nicht „vom Markte verschwunden, ohne die Zuweisung bestimmter Mengen zu gewährleisten“? Das heute ohne die zentrale Regelung auch Brot und Kartoffeln nur mehr zu Liebhaberpreisen für reiche Leute zu erlangen wären, dann kann man noch den Erfahrungen, die man gerade mit der nicht reglementierten Lebensmitteln gemacht hat, nicht im allermindesten bezweifeln.

Wir haben gestern bei der Besprechung des Professoren- gutachtens angekündigt, daß sich der Landwirtschaftsrat zwar für die vorgeschlagenen Preiserhöhungen, aber gegen die vorgeschlagenen Preiserniedrigungen aussprechen würde. Das ist pünktlich eingetroffen. Die Beschlüsse des Landwirtschaftsrats sagen der Höchstpreispolitik nach, daß sie vielfach versagt habe, „weil sie im Gegensatz zu der Preispolitik unserer Feinde häufig nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten mit Rücksicht auf die Erzeugung, sondern lediglich nach sozialen Rücksichten auf eine möglichst billige Ernährung der Bevölkerung eingestellt war.“ Mit diesen sozialen Rücksichten soll nun, namentlich bei Brot, Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben aufgeräumt werden. Bezüglich der Viehpreise aber, deren Herabsetzung die Landwirtschaftsprofessoren vorschlagen, heißt es:

„An den bisherigen Höchstpreisen für Schlachtvieh ist festzuhalten, um die Rüstung der für die Ernährung der Bevölkerung unbedingt erforderlichen Tiere sicher zu stellen.“

Was soll nun der einfache Mann in der Stadt dazu sagen? Er kann den Viehzüchtern ihre Gesehungskosten nicht nachrechnen. Aber er weiß, daß nichtinteressierte Sachverständige die Herabsetzung der Vieh- und Fleischpreise für möglich, wünschenswert, ja notwendig erklären, und er sieht sehr, daß sich der Landwirtschaftsrat dieser Forderung widersetzt. Kann man es ihm übelnehmen, wenn er sich auf diesen auffälligen Widerspruch seinen eigenen Vers modert?

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, sei noch folgendes gesagt: Der Städter, zumal der sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter gönnt jeder Arbeit ihren Lohn. Er hält die Arbeit, die landwirtschaftliche Produkte erzeugt, nicht für minderwertig gegenüber der städtisch-industriellen Arbeit. Er will nicht das Land ausbeuten, um auf seine Kosten in der Stadt wie ein Herrgott zu leben. Aber — Hand aufs Herz! — sind wir wirklich Zuständen gleich den geschilderten nahe, oder liegt nicht viel eher die Gefahr vor, daß es umgekehrt kommt?

Die dann, um bei dem Wilde zu bleiben, wie die Herrgötter leben, das sind freilich wieder nicht die Arbeiter auf dem Lande. Und diese Tatsache, daß es sich nicht um einen Ausgleich zwischen dem Arbeitsentgelt von hüten und drüben handelt, sondern daß sich auch die Ausbeutung von Bodenernte und Kapitalgewinn dazwischen schiebt, das verwickelt und verschärft die Auseinandersetzungen zwischen Stadt und Land. Was uns als „Landwirtschaft“ politisch entgegentritt, das ist, um es ganz vorsichtig auszudrücken, nicht die reine Vertretung der landwirtschaftlichen Arbeit. Erst wenn es dazu kommt, daß die wirkliche Arbeit der Stadt mit der wirklichen Arbeit vom Lande einen gerechten Ausgleich ihrer Interessen sucht, erst dann wird das Problem „Stadt und Land“ seine Schärfe verlieren.

Landwirtschaftsrat und Lieferungsverträge.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat gestern zur Frage der Anbau- und Lieferungsverträge folgende Beschlüsse gefaßt:

a) In die Lieferungsverträge sind vor allem Frühkartoffeln und Weißkohl einzubeziehen, wenn die Verträge eine Bedeutung für die Volksernährung haben sollen. Mit den Lieferungsverträgen müssen gleichzeitig auch Anbauverträge geschlossen werden.

b) Es ist notwendig, daß die Bedarfsgemeinden bezüglich der Erzeugnisse, über die Lieferungsverträge abgeschlossen werden sollen, kontingentiert werden. Nur auf diesem Wege ist es möglich, eine Ueberschätzung des Bedarfs seitens der Städte zu vermeiden und besonders bei Frühkartoffeln und bei den grünen Früchten die Gefahr des Verderbens dieser wertvollen Nahrungsmittel zu vermeiden.

c) Im Zusammenhange mit der Kontingentierung muß eine Zuweisung bestimmter Lieferungsgebiete an die Bedarfsgemeinden erfolgen, damit sich der Abschluß geordnet vollzieht und kein preisreibender Wettbewerb der Bedarfsgemeinden in den Erzeugungsgeländen eintritt.

d) Von der Zentralstelle sind nur allgemeine Grundsätze aufzustellen, im übrigen aber ist den örtlichen Organisationen möglichst freie Hand bei der Ausführung zu lassen.

e) Wenn Höchstpreise festgesetzt werden sollen, so müssen sie im Verhältnis zu den anderen Erzeugnissen stehen und einen Anreiz zum Anbau und zum Abschluß von Verträgen bieten.

f) Bei nachträglicher Festsetzung von Höchstpreisen unter den Vertragspreisen bleiben diese bestehen. Ueberschreiten die Höchstpreise die Vertragspreise, so gelten die Höchstpreise. (1)

Höhere Kartoffelpreise in Sicht!

Berlin, 17. Februar. (W. Z. B.) Die verschiedene Behandlung des Hafers und der Gerste hinsichtlich des Preises und der Ablieferungspflicht hat schon im vorigen Jahre dazu geführt, daß Gerste auf mehr zu Hafterbau geeigneten Böden gesät und daß der Ertrag des Landes dadurch zum Schaden der Volkswirtschaft herabgesetzt wurde. Um einem ähnlichen Mißstand bei der diesjährigen Frühjahrsbestellung vorzubeugen, werden die Landwirte schon jetzt darauf hingewiesen, daß in den demnächst bekannt zu gebenden Bestimmungen die bisherige Bevorzugung der Gerste vor dem Hafer nicht beibehalten werden wird.

Nach zahlreichen Nachrichten besteht auf dem Lande die Neigung, an Stelle der Kartoffeln in vermehrtem Maße Zuckerrüben oder Ackerbohnen anzubauen, weil letztere Früchte bei den diesjährigen Preisen und der diesjährigen schlechten Kartoffelernte erheblich höhere Erträge gebracht haben. Auch vor dieser Maßregel ist eindringlich zu warnen. Die in nächster Zeit bekannt zu gebenden Preise der Kartoffeln und der als Ersatz in Frage kommenden Feldfrüchte werden so bemessen sein, daß ein Mißverhältnis zwischen den Preisen der Kartoffeln und denen der Ersatzfrüchte nicht wieder eintritt. Den Kartoffelanbau soweit wie möglich, mindestens in bisherigem Umfang zu erhalten, muß jeder Landwirt als seine vaterländische Pflicht betrachten.

Kriegstreiber-Ungeduld.

Die Kriegstreiber sind in den Vereinigten Staaten zweifellos am Werke, um beschleunigt hinauszugelangen über die Zone drückender Ungewißheit, die der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland geschaffen hat. Sie wollen nicht zwischen Frieden und Krieg hängen bleiben und erwarten, daß ohne weiteres Entweder-Oder zu Handlungen geschritten wird, die den Krieg bedeuten würden. Von dieser Erwartung zeugt ein Londoner Telegramm der dänischen „Politiken“, das zu berichten weiß, in Amerika werde allgemein die Ansicht geäußert, der Wohlstand der Vereinigten Staaten sei auf das Ärgste bedroht, wenn Wilson nicht binnen zwei Wochen Maßnahmen treffe, daß die Schifffahrt wieder aufgenommen werde könne. In New York werde der Ausbruch eines Krieges mit Deutschland so gut wie als Tatsache angesehen. Man verleihe nicht, warum die Regierung die Unvermeidlichkeit eines Krieges nicht einsehe und durch einen entscheidenden Schritt die Lösung der Spannung herbeiführe.

Von wachsenden amerikanischen wirtschaftlichen Bedrängnissen weiß auch ein New Yorker Bericht der „Times“ zu melden. Sie sagt, die industriellen Unternehmungen in den Vereinigten Staaten kämen in eine immer bedrängtere Lage, da die Zufuhr von Rohstoffen und die Versendung von fertigen Erzeugnissen sich täglich schwieriger gestalte. Bei einer Eisenbahngesellschaft sei das gesamte Bahnetz vollständig mit Güterwagen besetzt, während noch eine Reihe weiterer Güterzüge mit Getreide, das für 30 im New Yorker Hafen liegende Schiffe bestimmt sei, der Beförderung harren. In den östlichen Staaten sei die Teuerung bereits fast unhaltbar geworden. Es habe sich als notwendig herausgestellt, zweimal in der Woche Mehl nach den Städten des Ostens zu senden, um zu verhüten, daß Nahrungsmangel eintritt. Zu diesem Thema von der Lage im Westen der Union wird dann der „Times“ noch aus Washington gemeldet: Die Bevölkerung des Westens der Union scheine im allgemeinen nicht zu verstehen, daß der Krieg das Kleinere und das Festhalten an der Neutralität das größere Uebel sein könnte.

Einstweilen liegt indessen kein Anzeichen vor, aus dem geschlossen werden müßte, daß die Regierung ihre Schritte von dieser Kriegstreiberlei bestimmen läßt. Von neuen Entscheidungen verläuft nichts. Die Abfahrt der beiden Sperrveruchsdampfer Rochester und Orleans, die wie ein Entschluß hätte gedeutet werden können, ist schnell bestritten worden, und eine New Yorker Meldung des Pariser „Petit Journal“ bestätigt, daß die beiden Dampfer noch nicht abgefahren sind. Die New Yorker „Tribune“ schreibt indes: Man gebe sich in Amerika noch keineswegs genügend Rechenschaft von der Gefahr, die diese Schiffe laufen würden. In allen amtlichen Kreisen betone man, daß Deutschland streng vorgehen werde. Die Liste der Torpedierungen über betreffe alles, was die amerikanische Admiralität vorausgesehen habe. Eine amtliche Persönlichkeit habe bezüglich der Rochester und Orleans erklärt, daß die Lage durch diese beiden Experimente nur verschärft würde.

Das würde sie sicherlich, und deshalb ist es politisch bemerkenswert, festgestellt zu sehen, daß die Schiffe noch im Hafen liegen.

Der Krieg auf den Meeren. Versenkt.

London, 17. Februar. London meldet: Die englischen Dampfer Hopemoor (3740 Br.-Reg.-To.) und Aston (1156 Br.-Reg.-To.) sind versenkt worden.

Kristiania, 18. Februar. Die norwegische Gesandtschaft in London telegraphiert an das Ministerium des Aeußern: Der Dampfer Dalmata ist am 11. Februar morgens versenkt worden. Die Besatzung ist gerettet. Ein Mann ist infolge Erschöpfung gestorben. Nachdem die Besatzung 73 Stunden in einem offenen Boot zugebracht hatte, wurde sie von dem Schooner Ellen Bengon aufgenommen und am 15. Februar in Duceenston gelandet.

Rotterdam, 16. Februar. Der belgische Dampfer Egypte (2412 Br.-Reg.-To.) der französische Dampfer Mont Canton (3233 Br.-Reg.-To.) sowie der französische Segler Aimée Maria (327 Br.-Reg.-To.) wurden versenkt.

Dänischer Ministerrat zum U-Boot-Krieg.

Kopenhagen, 17. Februar. Der Ministerpräsident, der Minister des Aeußern, der Verteidigungsminister und der Minister des Innern hielten gestern mit verschiedenen Parteivorstehenden Besprechungen über die gegenwärtige handelspolitische Lage Dänemarks ab. Besonders wurde die Möglichkeit der Wiedereröffnung der dänischen Schifffahrt und der Ein- und Ausfuhr besprochen, deren Einstellung durch die deutsche Seesperre verursacht worden ist. Es verläutet, daß die Lage außerordentlich ernst sei und daß bedeutende Schwierigkeiten für Dänemark entstanden seien, die nur durch Verhandlungen mit beiden Mächtegruppen behoben werden könnten. Es besteht daher keine Aussicht, daß die dänischen Ausfuhrdampfer in nächster Zeit nach England abgehen werden. Unter diesen Umständen ist es von geringer Bedeutung, daß in dem Lohnstreit zwischen den dänischen Seeleuten immer noch keine Einigung erfolgt ist und die Seeleute immer noch Hunger auf dänischen Dampfern ableiden. Für heute nachmittags waren neue Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Vertretern angesetzt worden. Der Streik der Seeleute hat bisher nur mit dazu beigetragen, daß der dänische Amerikadampfer United States vorläufig nicht nach New York abgehen kann. — Infolge der deutschen Seesperre wird eine bedeutende Anzahl dänischer Dampfer, mit Kohlen für Dänemark beladen, in englischen Häfen festgehalten. Davon gehören einzelnen Reedereien sieben und acht Dampfer. Nach anderen Meldungen will England die Abreise dieser Dampfer nur zulassen, wenn sie sich verpflichten, mit Lebensmitteln nach England zurückzukehren.

Sand in die Augen.

W. Z. B. Kristiania, 17. Februar. „Aftenposten“ veröffentlicht in der gestrigen Abendnummer ein Telegramm seines Londoner Korrespondenten in auffälliger Form, wonach man in England jetzt der Ansicht sei, Herr über die U-Boot-Gefahr gewonnen zu sein. Allerdings würde die Zahl der versenkten und gekaperten U-Boote geheim gehalten. Es sei nur eine Frage der Zeit, wann die Schifffahrt wieder ohne Gefahr aufgenommen werden könnte.

König des W. Z. B.: Daß die verantwortlichen englischen Kreise, wenn sie aufrichtig sind, tatsächlich ganz anders denken wie dem Londoner Korrespondenten der „Aftenposten“ erzählt, ist aus zahlreichen Nachrichten bekannt. Wenn sie jetzt durch die vor einigen Tagen begonnene Verheimlichung der Nachrichten über U-Boot-Gefahr sei gebannt, so wird dieses bald eine große Enttäuschung erleben. Den Verfertigungen von Unterseebooten seit dem 1. Februar ist in Deutschland an maßgebender Stelle nicht das mindeste bekannt, und noch ungeschädigt ist die Behauptung, daß deutsche Unterseeboote gekapert seien. Es kann nicht oft genug gesagt werden: wer sich ins Sperrgebiet begibt, kommt darin um.

Truppentransporte unterm Roten Kreuz.

Sofia, 17. Februar. Der völkerrechtswidrige Mißbrauch der Roten Kreuz-Flagge und von Lazarettschiffen seitens unserer Gegner ist von neuem durch die Aussagen eines hier in Gefangenschaft befindlichen Unteroffiziers bestätigt worden. Nach seinen Angaben haben der Dampfer Mastaba II unter der Roten Kreuz-Flagge und das Lazarettschiff La France Truppen und Munition befördert, englische Rote Kreuz-Kraftwagen an den Dardanellen Munition an die vorderen Linien gebracht. Der Unteroffizier bezeugte ferner, daß es bei den alliierten allgemein üblich sei, Munition auf Schiffen unter Genfer Flagge zu befördern und daß die zwischen Marseille und Saloniki verkehrenden Transportschiffe abwechselnd bald als Hospital-schiff, bald als Hilfskreuzer unter häufiger Aenderung ihres Aussehens führen.

Ein Bunkerohlenufas gegen die Neutralen.

Stavanger, 17. Februar. Die hiesigen Reedereien haben folgende neue englische Regeln für die Lieferung von Bunkerohle erhalten:

„Standinavische und holländische Schiffe, die von den betreffenden Häfen nach Zentrasteten der deutschen Seesperre abgegangen sind und in England mit einer vollen Last gutgeheftener Waren eintreffen, erhalten die Erlaubnis, eine Kohlen- und Koksladung nach der Heimat mitzunehmen. Gutgeheftene Waren sind Reis, Nitrate, Porphyr, Zutterstoffe, Lebensmittel, Erdenholz, Garn, Stahl usw. Mit Ballast nach England kommende Schiffe erhalten die Erlaubnis, eine Kohlen- oder Koksladung nach der Heimat zu bringen, wenn sie zwei Fahrten mit Kohlen von England nach einem französischen Kanalhafen oder eine Fahrt nach einem französischen Hafen an der Biscayahöhe ausgeführt haben. Mit einer Teilladung ankommende oder augenblicklich ohne Ladung in England liegende Schiffe werden als in Ballast fahrend betrachtet. Betrachtet, augenblicklich in England liegende Schiffe können abgehen, wenn sie durch andere Schiffe der gleichen Nation ersetzt werden, die die genannten Verpflichtungen hinsichtlich der Fahrten nach Frankreich übernehmen.“

Die neuen Regeln gelten für Standinavien und Holland, für Norwegen jedoch erst nach Aufhebung des geltenden Kohlenverbots.

Die „neuen Regeln“ sind ein neuer Gewaltstreik gegen die Neutralen.

Englische Einfuhrverbote.

London, 17. Februar. Amlich wird gemeldet: In kurzen wird ein Erlaß ergehen, der die Einfuhr einer großen Anzahl von Waren verbietet, außer mit Erlaubnis. Das Handelsamt behält sich das Recht vor, die Erlaubnis für Güter der verschiedenen Klassen zu verweigern, wenn sie nicht vor dem 17. Februar für den Empfänger in dem vereinigten Königreich verschifft oder von ihm bezahlt sind.

Eine am 16. Februar unter dem Reichsverteidigungsgesetz er-gangene Verfügung ermächtigt das Handelsamt, während des Krieges von allen Kanälen im vereinigten Königreich Se-lig zu ergreifen.

Die wirtschaftliche Versorgung Spaniens.

Madrid, 17. Februar. („Frankf. Zig.“) Trotz dem dem spanischen Parlament empfohlenen Stillschweigen besprach der Abgeordnete Romeo in der Kammer die durch den Krieg geschaffene Wirtschaftslage Spaniens und bedauerte, daß die spanischen Schiffe nicht ausfahren könnten, während die fremden Schiffe in See stehen könnten. Er betonte ferner die Notwendigkeit fremder Rohle für die spanische Industrie. Der Minister des Innern verteidigte die Politik der Regierung in der Frage der Versorgung Spaniens. Die Regierung werde das Notwendige tun, aber die Maßnahmen, die sie zu ergreifen gedente, könne sie nicht öffentlich mitteilen.

Der Ministerrat prüfte die Lage der in den Häfen der Sperrzone liegenden spanischen Handelsflotte. Es sollen Schritte in Berlin getan werden, damit diese Dampfer frei nach Spanien zurückkehren können.

Paris, 16. Februar. „Lemp“ meldet aus Madrid, die Vertreter des Philippinenshandels hätten beschlossen, den Verkehr zwischen Barcelona und den Philippinen wieder aufzunehmen.

Der Vorsprung in der Champagne.

Französischer Seeresbericht vom 16. Februar nach-mittags. Rüdlich von der Äre ist ein Handreich der Deutschen auf einen französischen Posten bei Fauquedourt vollständig gescheitert. In der Champagne hat das deutsche Geschützfeuer auf die Front Butte du Reduit—Mailons de Champagne gestern nachmittags außerste Heftigkeit erreicht; gegen 4 Uhr ist es den Deutschen mit Hilfe mehrerer Minenexplosionen gelungen, in einen ausströmenden Winkel westlich von Mailons de Champagne, nördlich von der Straße, die von hier nach der Butte du Reduit geht, einzudringen. Sperrfeuer und Flammenfeuer der Franzosen in der Gegend nördlich von Mail de Mailles hat den Stürmenden beträchtliche Verluste beigebracht. Der Geschützkampf hat am Vormittag in dieser Gegend heftig wiederbegonnen. In der Woivre in der Nacht lebhaft Patrouillenaktivität.

Abends meldete der französische Bericht: In der Gegend von Berry-au-Bac und in den Argonnen glückten uns mehrere Hand-streiche, bei denen wir etwa 30 Gefangene einbrachten. Westlich von Mailons de Champagne dauerte der Artilleriekampf ziemlich lebhaft ohne Infanterieunternehmung an. Das Feuer unserer schweren Batterien rief in einem Munitionslager in Manre (nördlich von Ladure) eine Explosion hervor. In Lothringen bei Romenn wurde eine deutsche Erkundungsabteilung durch unser Feuer überfallen und zerstreut, wobei sie mehrere tote auf dem Schlachtfeld zurückließ. Artilleriekampf in der Gegend von Loubemont und in den Vogesen südlich vom Markircher Pfah. Am Morgen feuerte ein feindliches weittragendes Geschütz mehrere Granaten in der Richtung auf Nancy.

Parteigenossen!

Wähler des 11. Landtagswahlbezirks!

Witten in den Stürmen des Weltkrieges werden die Urwähler des 11. Berliner Landtagswahlbezirks zur Vornahme einer Ersatzwahl aufgerufen. Der weitaus größte Teil der Wähler sieht unter den Fahnen, nur einer verhältnismäßig geringen Zahl ist es möglich, ihr Wahlrecht auszuüben.

Aber je kleiner diese Zahl ist, desto größer ist die Pflicht, vollzählig am Wahltag zu erscheinen. Die Stimmabgabe gilt diesmal nicht nur dem

Protest gegen das ungerechteste aller Wahlsysteme, sie soll auch ein Prüfstein dafür sein, daß die Massen allen offenen und versteckten Wählerereien zum Trotz der

Sozialdemokratischen Partei die Treue bewahrt haben.

Nicht besser können wir unseren Genossen, die tagtäglich vor dem Feinde den Tod vor Augen sehen, die Heimat und Herd schützen, den Hohn unseres Dankes abtragen, als dadurch, daß wir den Wahlkreis der Sozialdemokratie behaupten und verhindern, daß er einer Gruppe anheimfällt, deren einziges Bestreben dahin geht, die Arbeiterklasse zu zersplittern und ihre Kräfte im Bruderkampf aufzureiben, anstatt sie zu sammeln, um in festem Zusammenschluß freiherrliche Rechte für das Volk zu erringen.

Wer auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei steht, wer die alten Grundzüge der Partei hochhält, der darf nur solchen Wahlmännern seine Stimme geben, die sich verpflichtet haben, den

sozialdemokratischen Kandidaten

Louis Brunner, Berlin-Tempelhof,

Vorsitzender des Deutschen Eisenbahnarbeiter-Verbandes, zu wählen.

Jede Stimme, die auf andere Wahlmänner entfällt, bedeutet eine Förderung der Organisationszersplitterung, eine Schwächung der Sozialdemokratie, eine Schädigung der Sache der Arbeiterschaft, ein Hindernis für freiherrliche Reformen in Preußen und Deutschland.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Aus Groß-Berlin.

Die Fettstelle Groß-Berlin zur Milchenernung.

Ueber die Stellungnahme der Fettstelle Groß-Berlin zu der Erhöhung des Milchpreises erfahren wir folgendes: Die Erhöhung des Milchpreises von Seiten der Preussischen Landesfettstelle ist bereits seit Monaten in Erödigung gezogen. Die Groß-Berliner Fettstelle und der Berliner Magistrat haben nach Kräften versucht, die Erhöhung der Erzeugerpreise aufzuhalten; sie vertraten den Standpunkt, den der Oberbürgermeister in der Sitzung der Stadtverordneten vom 4. Januar zum Ausdruck gebracht hat, daß es auf keinen Fall angehe, sich damit zu begnügen, eine Verringerung der Milchzufuhr nach Groß-Berlin nur durch verstärkten Anreiz auf dem Gebiete des Milchpreises anzustreben, denn dieser Versuch sei schon wiederholt angestellt, aber die mehrfachen Preiserhöhungen hätten jedesmal nur für kurze Zeit die gewünschte Wirkung erzielt. Wenn eine abermalige Preiserhöhung unumgänglich sei, so müsse sie unbedingt verbunden sein mit einer ins Große gehenden Organisation der Milchzufuhr nach den Städten, insbesondere nach Groß-Berlin. Eine bessere Erfassung der Milchvorräte auf dem Lande sei das erste Ziel. Das Kriegsernährungsamt hat wiederholt ausdrücklich anerkannt, daß die öffentliche Bewirtschaftung der Milch und eine planmäßige Zuführung nach den Städten erfolgen müsse. Greifbare Ergebnisse dieser Erklärung sind bisher aber nicht zutage getreten. Groß-Berlin bedauert auf das äußerste, daß nunmehr die erhebliche Preiserhöhung eintritt, ohne daß ein Ein-

greifen der Staatsgewalt zugunsten verbesserter Zufuhr ein Ergebnis gezeitigt hätte, ja daß bei der Preiserhöhung solche organisatorische Schritte nicht einmal angefangen worden. Das die Spannungs-länge zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis unbedingt, so bedarf es keiner Ausführung, daß diese sich in den Grenzen des Notwendigen halten werden.

Das Bestreben der Fettstelle Groß-Berlin, sich nicht damit zu begnügen, eine bessere Milchzufuhr lediglich durch erhöhte Produzentenpreise zu erhoffen, ist anerkennenswert. Unverständlich bleibt nur, daß sie die Absicht hat, die Speise, die zwischen Produzenten- und Kleinhandelspreis 8 Pf. betragen, jetzt auf 16 Pf. zu erhöhen. Hoffentlich werden diese „Grenzen des Notwendigen“ noch nachträglich herabgemindert.

„Kohlen sind keine Nahrungsmittel.“

Eine aus dem nördlichen Teil der Schönhauser Vorstadt und zugehende Klage berichtet über einen Kohlenhändler, der am Montag den angelieferten Kohlenvorrat in seinem Keller schaffte, aber den wartenden Frauen und Kindern erklärte, er verkaufe erst morgen. Als eine Frau ihm mit Polizei drohte, soll er eine Antwort gegeben haben, die nicht aus dem Komplimenterbuch entlehnt war. Schließlich ließ er sich doch dazu herbei, noch an demselben Tage zu verkaufen, aber er gab jetzt nur 30 Stüd Bricket ab. Auf die Frage einer anderen Frau, ob sie denn alle Tage stundenlang nach Kohlen „sehen“ solle, erwiderte er, sie brauche ja überhaupt nicht zu kommen, sondern könne selber sich die Kohlen vom Bahnhof holen. Die Frau glaubte, daß die Polizei eingreifen müsse, doch auf dem Polizeibureau erklärte man, hier lasse sich nichts tun, weil Kohlen keine Nahrungsmittel seien. Daß bei Frostwetter die Kohlen fast ebenso unentbehrlich wie die Nahrungsmittel sind, weiß jeder, der es an eigenen Leibe kennen gelernt hat. Uebrigens hat das Kriegsernährungsamt auf Befehl, jede Zurückhaltung von Kohlen dem Polizeibureau zu melden. Wo ein Kohlenhändler sich eine offensichtliche Verweigerung des Kohlenverkaufs erlaubt, sollten die Benachteiligten stets polizeiliche Hilfe anrufen. In solchen Fall muß eingeschritten werden.

Ju der im Vorstehenden berührten Angelegenheit, die viel Erbitterung erregt hat, wird jetzt mitgeteilt: Die Abgabe von Kohlen und sonstigen Heizstoffen soll nun doch endlich einheitlich geregelt werden. Bekanntlich hat das Kriegsernährungsamt eine Verfügung erlassen, wonach Kohle und sonstige Heizstoffe an jedermann abgegeben werden müssen. Die Polizeibehörde aber lehnt bei Anzeigen über Verweigerung von Kohlen ein Einschreiten mit der Begründung ab, daß sie dazu nicht berechtigt seien und daß die Anordnung des Kriegsernährungsamtes für sie nicht maßgebend sei. Nun haben in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen dem Handelsministerium, dem Polizeipräsidenten und dem Kriegsernährungsamt stattgefunden, die zu dem Ergebnis führten, daß die Regelung der Kohlenabgabe in Zukunft vom Kriegsernährungsamt selbständig bestimmt werden soll. Es wird also von nächster Woche ab bereits die Abgabe von Kohlen an jedermann erfolgen müssen. Sämtliche Polizeibehörden des Landespolizeibezirks Berlin werden entsprechende Verfügungen erhalten, und die Verfügung wird vermutlich schon Montag in Kraft treten.

Sommerzeit 1917.

Amlich wird mitgeteilt: Durch eine Verordnung des Bundesrats wird auch für das laufende Jahr die Sommerzeit eingeführt. Sie beginnt am 16. April, vormittags 2 Uhr, und endet am 17. September, vormittags 3 Uhr. Zu dem ersten genannten Zeitpunkt werden die öffentlichen Uhren um eine Stunde vor-, zu dem letztgenannten um eine Stunde zurückgestellt. Die Frühhergung des Sommerabschnitts gegenüber dem Vorjahre ermöglicht eine noch bessere Anpassung an die tatsächlichen Lichtverhältnisse. Tag und Stunde des Uebergangs zur Sommerzeit sind mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Eisenbahnbetriebs gewählt worden.

Die Sommerzeit hat sich im Vorjahre bewährt und insbesondere die erwarteten Erparnisse an künstlicher Beleuchtung gebracht. Gewisse Nachteile, über die beklagt wurde, können zum größten Teile, insbesondere durch gezielte Verlegung der Eisenbahnzüge in den Morgenstunden sowie durch zweckmäßige Änderungen des Schulbeginns (Beibehaltung des Winterstundenplans während des Sommers) behoben werden.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

In der folgenden Woche sollen auf die 6 jaroffierten Abchnitte 4a, b, c der Kartoffelarte wieder 3 Pfund Kartoffeln abgegeben werden. Soweit bis zum Donnerstag einschließlich Kartoffeln wider Erwartung nicht eingenommen werden können, wird die Ermächtigung entzogen, vom Freitag ab auf jeden der sechs Kartoffelartenabchnitte 4a, b, c unter gleichzeitiger Verlegung der Berliner Lebensmittelkarte 100 Gramm Gebäck zu beziehen. Naturgemäß berechtigt die Kartoffelarte bis zum Wochenabschluss auch zur Entnahme von Kartoffeln. Auf Abschnitt 34 der Berliner Lebens-

mittellarten können wieder 4 Pfund Kohlrüben entnommen werden.

Auch in der kommenden Woche werden wieder 350 Gramm Fleisch in Groß-Berlin zur Verteilung gelangen. Obgleich die Viehzufuhr ziemlich beträchtlich ist, soll ein Teil der Gefrierfleischbestände den Schlächtermeistern zur Verteilung überlassen werden.

Ersatz verlorener Lebensmittelarten. In zahlreichen Fällen sind in letzter Zeit Lebensmittelarten in Verlust geraten. Sie sind teils verloren, teils gestohlen worden. Da ein Ersatz nicht geleistet wurde, sind zahlreiche Familien in arge Verlegenheit geraten. In Zehlendorf hat man sich zu helfen versucht und dort neue Karten den Antragstellern bei Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung über den Verlust ausgestellt. Da die Zahl der verlorener Karten, Bezugscheine usw. immer größer wird, muß ein einheitliches Verfahren zur Regelung dieser für viele Familien brennenden Frage gefunden werden. Die Kranken können doch nicht hungern oder gar verhungern.

Die neue Straßenbahnverbindung Berlin-Spandau. Der Magistrat Spandau hat dem in den Verhandlungen beim Verbands Groß-Berlin vereinbarten Vertragsentwurf über die Herstellung einer durchgehenden Straßenbahnverbindung zwischen dem Spandauer Wood und Spandau (Zettlstraße) zugestimmt. Die Spandauer Stadtverordneten werden sich am Donnerstag mit der Vorlage beschäftigen. Die Stadt Spandau erhält ferner die Zustimmung zur Anlage einer Schnellstraßenbahn nach dem Untergrundbahnhofs Station, sowie die Genehmigung zum Ausbau der Konnen-dammallee und zur Weiterführung ihrer städtischen Straßenbahn nach dem Bahnhof Jungfernhöhe.

Rückgabe der Tauchbootverbindungen. Wegen vorläufiger Einstellung des Tauchbootverkehrs nach überseeischen Ländern werden die bei den Postanstalten bereits eingelieferten Tauchbootverbindungen den Absendern zurückgegeben. Hierbei wird die besondere Tauchbootgebühr gegen Empfangsbcheinigung erstattet.

Für die Arbeiterjugend von Berlin finden wie in den Vorjahren Einführungsabende in die Kammermusik statt. Diese erfreuten sich bisher ungeheurer Beliebtheit bei der Jugend wie bei der erwachsenen Arbeiterschaft. Der erste Abend hat bereits stattgefunden. Mitwirkende waren das Steiner-Kollegium-Quartett, außerdem eine Sängerin, die wieder von Brahm zum Vortrag brachte. — Der zweite Abend wird am Dienstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula des Kloster-Schulhauses, Klosterstr. 74, sein. Er verspricht, ebenso genuehreich zu werden wie der erste, so daß nur gewünscht werden kann, daß sich recht viele Jugendliche und auch Erwachsene daran beteiligen.

Im Zoologischen Garten ist an diesem Sonntag wieder der billige Eintritt von 25 Pf. während des ganzen Tages für Erwachsene und Kinder; ebenso für das Aquarium, das von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends geöffnet ist. Von 4 Uhr ab großes Konzert.

Den Güterdiebstählen auf den Bahnhöfen ist jetzt eine Wahnbofverwaltung wirksam entgegengetreten. Sie läßt zu beschriebenen Zeiten unerwartet die Kontrollschere am Ausgang des Güterbahnhofes anhalten, ihnen die Frachtbriele abnehmen und die Ladung mit den Frachtbriele vergleichen. So wurden gestern auf einem Wagen drei Sad Jucker entdeckt, für die der Russe keinen Frachtbrief hatte. Er wollte sich damit herausreden, daß er die Ware von einem unbekanntem Manne zum Abrollen bekommen habe, konnte aber nicht einmal sagen, wohin er ihn bringen sollte. Von einem anderen Wagen wurden mehrere Sad Mehl beschlagnahmt. Auch andere Sachen waren gestohlen und unter die durch Frachtbriele nachgewiesene Ladung eingeschmuggelt worden. Drei Russe wurden verhaftet. Die Diebereien auf den Güterbahnhöfen werden durch den Personalmangel sehr begünstigt.

Selbstmordfälle. Gram über die Trennung von ihrem Manne hat die 27 Jahre alte Ehefrau Verta M. aus der Prenglaier Allee in den Tod getrieben. Der Mann wurde vor längerer Zeit zum Seeresdienst eingezogen. Die Frau verfiel durch die Vereinstimmung in Tiefstium und tötete sich gestern in ihrer Wohnung durch Leuchtgas. In dem hohen Alter von 94 Jahren legte die Witwe Konstanza H. aus der Waldemarstraße Hand an sich. Aus Nahrungssorgen erhängte sie sich in ihrer Küche.

Tödlicher Verkehrsunfall. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahn- und einem Müllwagen ist gestern der 64 Jahre alte Invalide Albert Gittel aus der Eisenbahnstr. 35 tödlich verunglückt. Gittel stand auf der vorderen Plattform eines Müllwagens, der die Warthauer Straße entlang fuhr. Dieser stieß an der Ecke der Kopernikusstraße mit einem beladenen Müllwagen zusammen. Um sich zu retten, sprang Gittel ab. Zum Unglück aber fielen in demselben Augenblick mehrere Müllkästen vom Wagen und erschlugen ihn.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman

von Gabriela Zapolska.

„Vielleicht strengt ihn die Schule an?“ „Das mag sein! Er muß alles in russischer Sprache lernen. Eine doppelte Arbeit. Man verfährt mit ihnen furchtbar streng und schikaniert sie. Er läßt sich nichts gefallen aber deshalb ist er unbeliebt, um so mehr, als sie ihm nichts vorzuwerfen haben.“

„Warum schicken Sie ihn nicht nach Galizien?“ „Was für einen Sinn hätte das?“ fragte Gorski. „Der Junge wird hier leben, er muß also für die hiesigen Verhältnisse ausgebildet werden.“

„Das ist wahr!“ Janka erschien an der Türpothiere und bat zu Tisch. Der Schöngedachte, mit Blumen verschönte Tisch, das blinkende Silber auf dem schneeweißen Tischuch, die fremdlichen Lüllgardinen vor den Fenstern, das alles löste eine behagliche Stimmung aus. Altki glaubte zum ersten Male, daß man auch in der häuslichen Umgebung Schönheit und Anmut finden könne.

Sie setzten sich zu Tisch. Juzia bediente. Sie bewegte sich ziemlich gewandt, aber von Zeit zu Zeit betriet eine Bewegung die Kellnerin eines gewöhnlichen Votals. Aber Gorskis schienen die zweideutigen Manieren des Stubenmädchens nicht zu bemerken. Janka behandelte sie sogar mit einer gewissen Auszeichnung. Mitten beim Mittagessen fuhr eine Droschke vor.

„Kajjo!“ Die ein Pfeil lief Janka ins Vorzimmer. „Der Junge kommt zu den russischen Feiertagen. Ich lasse ihn nach Hause kommen, damit er die Fühlung mit seiner Heimatstadt, in der er später leben wird, nicht verliert“, erklärte Gorski.

„Soll er ihr Geschäft übernehmen?“ „Gott beschütze! In den Verhältnissen, in denen wir uns jetzt befinden, ist das nicht möglich. Die Polizei saugt uns ja das Blut aus, lieber Herr!“ „Warum verteidigt ihr euch nicht?“

Gorski wollte antworten, aber die Tür öffnete sich, und Janka führte triumphierend einen bildhübschen, jungen Burschen in Gymnasialuniform herein. Er ging auf den Vater zu und küßte respektvoll seine Hand.

„Bist du hungrig?“ „Nein, Vater!“ „Das schadet nicht, setz dich hin und is. Nach der Reise mußt du Appetit haben.“

Gorski stellte seinen Sohn Altki vor. Altki zog den jungen Mann in ein Gespräch über die Schulverhältnisse in Rußisch-Polen, von denen ihm wenig bekannt war.

Kajjo blühte düster vor sich hin, als ließ er alle Gespenster der Schultyrannie, die er von Kindheit an durchlebt hatte, vor seinen Augen vorüberziehen. Er sah jetzt wirklich aus wie ein junger Greis.

Gorski und Altki zogen sich in das Nebenzimmer zurück.

„Das machen sie aus unseren Söhnen“, sagte Gorski, „gebrochene Seelen.“

„Im Gegenteil“, erwiderte Altki. „Ihr Sohn scheint mir eine starke, gehärtete Seele zu haben. Kein Wunder. Das Kind kämpft mit einer ganzen Horde, mit einem ganzen System, mit einer Macht, die von oben strömt und ihm einen genau gezeichneten Weg anweist, der dazu bestimmt ist, es zu russifizieren. Das Kind wehrt sich mit Erfolg.“

Gorski hörte aufmerksam zu:

„Sie haben recht“, sagte er, „aber es ist ihnen wohl aufgefallen, wie wenig Verständnis der Junge für den Kampf hat, den wir in unserer Stadt durchzuführen müssen. Jeder von uns hat seine eigenen Sorgen. Unsere Stadt ist ein Räubernest, ein Eldorado für Räuber und Spitzbuben. Sie haben sie noch nicht bei ihrem lichtschauen Treiben gesehen, das ihnen von der Polizei erleichtert wird. Tagegen unterstützen sie, weil sie für ihn eine Geldquelle des Einkommens bieten. Unsere Stadt ist völlig verderbt. Jeder unternimmt Raubmord auf eigene Faust in der Ueberzeugung, daß ihm nichts geschehen wird.“

Altki suchte die Achseln. „Das ist eure Schuld!“ erwiderte er lebhaft. „Ihr solltet doch ein Gesuch an die Gouvernementsregierung einreichen und Tagegen fortjagen.“

Gorski lächelte bitter. „Ein Spitzbube schlägt den andern. Geht Tagegen, dann schicken sie uns eine andere unbrauchbare Kanaille aus dem Innern Rußlands.“

„Ich glaube einfach nicht“, unterbrach Altki, „daß man eine Anzahl Bürger nicht zusammenberufen könnte, die endlich Protest erheben würden. Versuchen Sie es!“

In diesem Augenblick raschelte im Speisezimmer ein Kleid.

Gorski erhob sich beunruhigt.

„Sieh mal, wer im Speisezimmer ist“, sagte er zu Janka, die vor kurzen eingetreten war.

Janka hob die Portiere.

„Es ist Juzia, die den Tisch abräumt!“

Aber sie nahmen den Faden der Unterhaltung nicht wieder auf. Janka setzte sich ans Klavier und begann eine Chopinsche Mazurka zu spielen. Altki näherte sich ihr.

„Unsere erste Unterhaltung hat Sie wohl gelangweilt?“

„Nein“, erwiderte das Mädchen, „aber ich höre nichts anderes als fortwährende Klagen über die Grenelaten in unserer Stadt. Man kann hier wirklich nicht ruhig atmen.“

„Aber“, fügte sie mit der ganzen Frische einer jungen Seele hinzu, „mir raubt das weder die gute Laune, noch den Mut. Nur weiß ich nicht...“

„Was denn?“

„Ob das lange vorhalten wird.“

Altki sah sie um und bemerkte, daß Gorski das Zimmer verlassen hatte. Das ganze Leben lang muß es so sein“, sagte er, indem er sich neben das Mädchen setzte. „Ihr samiges Wesen ist dazu angetan, den Menschen, die um Sie sind, das Leben zu verschönen.“

„Es gelingt mir manchmal, Papa zu erheitern, das ist wahr.“

„Nicht nur Papa“, fuhr Altki fort, „es wird sich jemand finden, der Ihre Heiterkeit und Sonnigkeit anbetet und nicht mehr entbehren kann.“

Die Geheimnisse der Wurfabrikation.

Wegen Verkaufs verdorbener Nahrungsmittel war der Fleischermeister Bommeliemeyer vom Berliner Landgericht II zu zwei Monaten Gefängnis und 600 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Im zweiten Falle, der dem Urteil mit zugrunde lag, handelte es sich um die Verwendung des Blutes und der Därme einer neugeborenen Kuh zum Kochen von Fleisch.

Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten eingelegte Revision.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht Kolbus beurteilte am Mittwoch den Schlossergesellen Ernst Kruz aus Berlin wegen Raubmord und Totschlag zum Tode, zu lebenslänglichem Zuchthaus und bauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Jugendveranstaltungen.

Feiersabend und Umgegend. Heute Sonntag Deshändler Unterballungsabend, bestehend aus Künstlerkonzert, humoristischen Vorträgen.

Eingegangene Druckschriften.

Hemmings II-Boots-Kriegsliste von Europa. Kriegsliste Nr. 36. 1 B. - Verlag Carl Hemming, A. G., Berlin W 50.

Das Opfer einer Gasvergiftung geworden ist in der Rathenower Straße 48 die 25 Jahre alte Auguste Heinz, die für sich allein im Erdgeschoss des Hofgebäudes wohnte.

Ein tödlicher Betriebsunfall ereignete sich in einer chemischen Fabrik an der Müllerstraße. Dort wurde der 42 Jahre alte Werkmeister Philipp Buchinger aus der Schloßstr. 19 zu Panzern von Benzolgasen, die mehreren Ballons entströmten, erstickt.

Aus den Gemeinden.

Lebensmittelanordnungen aus Charlottenburg. In der kommenden Woche werden auf Grund der Rundenliste 3 Pfund Kartoffeln abgegeben.

Lebensmittelanordnungen aus Wilmersdorf. Die Reueintragungen in die Rundenliste für den Zuckerbezug müssen in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften in der Zeit vom 19. bis 21. Februar abends bewirkt werden.

Die Podenerkrankungen im Kreis Westhavelland, die besonders in Rathenow und Umgebung aufgetreten waren, sind im Erlöschen begriffen. In Rhinow ist die Seuche amtlich als erloschen erklärt worden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

An die Parteigenossen und Reichstagswähler von Spandau-Osthavelland!

Die Wählerlisten zur Reichstagswahl am 14. März liegen nur noch heute und morgen, Sonntag, den 18., und Montag, den 19. Februar, zur Einsichtnahme aus, und zwar:

a) für den Stadtteil Siemensstadt mit Sternfeld und Paulstern im Magistratsbureau: Nonnendamm-Allee 95/96;

b) für den Stadtteil Hofelhorst mit Solzhof und Neue Pulverfabrik im Magistratsbureau, Gartenfelder Straße 36;

c) für alle übrigen Stadtteile im Rathaus, Zimmer 264 (1 Treppe). Die Einsichtnahme kann erfolgen:

Am Sonntag in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags; am Montag (letzter Tag) von 8-1 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags.

Falls die Eintragung in die Wählerliste nicht erfolgt ist, ist sofort unter Vorlegung eines Beweismittels (wie Steuerzettel, polizeiliche Anmeldung, Militärpapiere u. dergl.) Nachtragung zu verlangen.

Wahlberechtigt ist jeder Reichsdeutscher, der am Tage der Wahl das 25. Lebensjahr überschritten hat und in der Zeit der Auslegung der Wählerlisten seinen Wohnsitz in Spandau bezw. im Wahlkreis hat.

Parteiengenossen, Reichstagswähler! Wir fordern Euch nochmals dringend auf, unbedingt Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen. Durch die Kürze der Zeit und die besonderen Umstände bei Aufstellung der Wählerlisten mußte eine erhebliche Zahl von Nachtragungen beantragt werden.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Wahlvereins.

J. A.: W. Jahnke, Spandau, Weihenburger Straße 16a.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin IV. Straßauer Viertel. Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Lokal Rudolf Borgemann, Gubener Str. 48.

Ortsverein Schöneberg. Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Neuen Rathausgalerien, Weininger Straße 8 (Tunnel): Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Schicksalsstunde der Partei.

Lichtenberg. Mittwoch, 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft bei Pfaffenhäfer, Widmarckplatz 1. Bericht von der Kreisversammlung.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittags. Bis Montag mittags ein wenig wärmer; im Nordwesten vorwiegend bewölkt mit geringen Niederschlägen; in den übrigen Gegenden trocken und ziemlich heiter.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin. Dem Andenken unserer im Felde gefallenen und verstorbenen Kollegen gewidmet. Theodor Arnreich, Schlosser, geb. 26. 12. 82, Berlin. Otto Hotze, Gürtler, geb. 16. 3. 77, Berlin.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk Schönberg. Karl Kaiser. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 19. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof Blanke Höhe statt.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäscharbeiter Deutschlands. Filiale Berlin. Friederike Resenberger. Die Beerdigung findet am Montag, den 19. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Halle des Zentral-Friedhofs in Friedrichshagen statt.

Hugo Krause. nach langem, schwerem Leiden durch den Tod erlöst worden. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf dem neuen Rathhof-Friedhof, Priesterweg, statt.

Dankjagung. Für die vielen Beweise trauernder Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes Hermann Flögel. Marie Flögel.

Als Opfer des Weltkrieges fiel durch Kopfschuß am 30. Januar, nach 18 Monaten schwerer Kämpfe, mein lieber, herzenguter Mann, der treuherzige Vater meines einzigen Kindes, unser lieber Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Landsturmmann Max Borchert.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin. Friedrich Lewer. Die Beerdigung findet am Montag, den 21. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Halle des Gemeindefriedhofs in Marzahn statt.

Verband der Irenen Gast- und Schankwirte Deutschlands. August Dräbert. Die Beerdigung findet am Montag, den 18. d. M., mittags 12 1/2 Uhr, in der Halle des Zentral-Friedhofs in Friedrichshagen statt.

Hugo Krause. nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf dem neuen Rathhof-Friedhof, Priesterweg, statt.

Westmann's Trauermagazin. Größte Auswahl. Billigste Preise. 1. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.).

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis. Richard Freihoff. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. Februar, nachmittags 4 Uhr, in der Halle des Zentral-Friedhofs in Friedrichshagen statt.

Otto Schellenberg. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Halle des Hofelhorster Friedhofs, Siemensstadt, aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Karl Salzwedel. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Halle des Hofelhorster Friedhofs, Siemensstadt, aus statt.

Dankjagung. Paul Fechner. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Halle des Hofelhorster Friedhofs, Siemensstadt, aus statt.

Dankjagung. A. Hensel. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Halle des Hofelhorster Friedhofs, Siemensstadt, aus statt.

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde? Sämtliche Systeme an Lager resp. nach Maßanfertigung sowie Bruchbandagen aller Art.

Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins. Wilhelm Rodolph. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. Februar, nachmittags 4 Uhr, in der Halle des Zentral-Friedhofs in Friedrichshagen statt.

Max Schulz. Die Beerdigung findet morgen Montag, den 19. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Halle des Stieglitz Bergstr., aus statt.

Willi Sterling. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Halle des Hofelhorster Friedhofs, Siemensstadt, aus statt.

Wunderbare Frühjahrs-Modelle! Einzelne Kostüme u. Mantelkleider, Modellschlecker, beste Stoffe, leichte Formen, Kammergarn, Tuch, Phantasiestoffe. Westmann. Rabatmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung, Sonnabend, den 17. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Loebell.

Die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim

Medizinalwesen.

Hierzu beantragt die Kommission, in dem nächsten Etat Mittel einzustellen zur Gewährung von Beihilfen an Säuglingsfürsorgestellen. Ferner Verbeibaltung der Reichswochenhilfe. Ein Antrag der Volkspartei wünscht, daß zur Unterhaltung von Säuglingsfürsorgestellen sofort Beihilfe gewährt wird. Zur weiteren Antrag der Fortschrittler ersucht die Regierung, zur Erzielung eines ständigen Mutter- und Säuglingschutzes beim Bundesrat zu beantragen, die Reichsversicherungsordnung dahin abzuändern, daß alle Leistungen der für die Kriegszeit eingerichteten Reichswochenhilfe Regelleistungen der Krankenversicherung werden.

Abg. v. Kessel (L.):

Die Probleme der Bevölkerungspolitik sind durch den Krieg aktuell geworden. Wir wünschen ein Verbot der Feilhaltung empfängnisverhütender Mittel und die denkbar schärfste Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Der Fürsorge für die unehelichen Kinder muß mehr Beachtung geschenkt werden. Sehr wünschenswert wären Kleinkinderschulen und ähnliche Einrichtungen, wo den Kindern auch ein Begriff von Gesundheitspflege beigebracht wird. Um der drohenden Gefahr der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten nach dem Kriege zu begegnen, sollte kein Krieger entlassen werden dürfen, der an einer solchen Krankheit leidet.

Abg. Dr. Kaufmann (Z.):

Bei der Lösung des Bevölkerungsproblems gebührt auch der Kirche eine Mitwirkung. Die sittlichen Begriffe dürfen nicht verwirrt werden. Aber zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit muß auch für die unehelichen Kinder gesorgt werden. Kinderprämien und eine Kinderlosensteuer wären wirksame Maßnahmen. Auch das Wohnungswesen verdient in diesem Zusammenhang ernste Beachtung. Bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten muß die Schweigepflicht der Ärzte ihre Beschränkung finden durch das Wohl der Allgemeinheit und dem notwendigen Schutz unserer Familien. Die Surrogatjückerie muß verboten werden. Sie hat gerade auf diesem Gebiet unheilvoll gewirkt. Für den Säuglingschutz bleibt noch viel zu tun.

Abg. Rosenow (Sp.):

Wenn der Frieden kommt, wissen wir nicht, darum müssen wir schon jetzt Mittel für die Säuglingsfürsorge bereitstellen. Auch muß möglichst sofort eine

reichsgefällige Förderung des Mutterchutzes

einführen. Man hat jährlich 60, auch 100 Millionen Kosten, was verhältnißmäßig noch in der Schwebe. Jedenfalls verdient die Frage ernste Beachtung. Für die Säuglingsfürsorge sind im Etat bereits einige Positionen vorgezeichnet. Allerdings genügt das noch nicht. Es sind augenblicklich Besprechungen im Gange, welche weiteren Mittel für den nächsten Etat hier zur Verfügung gestellt werden können. Der Wunsch, sofort solche Mittel auszuwerfen, kann leider nicht erfüllt werden. Die Kriegsteilnahme hat die ihr gebührende Anerkennung wohl verdient. In der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wirken sehr günstig die vom Reichsversicherungsamt eingerichteten Beratungsstellen, die noch vermehrt werden sollten. Durch Aufhebung der Schweigepflicht der Ärzte könnte das Vertrauen zu den Ärzten nachlassen. Bei den Fragen der Bevölkerungspolitik entscheiden nicht nur wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte, sondern es handelt sich um Dinge tief sittlicher Natur. Kirche, Schule, Elternhaus, alle beruflichen Organisationen müssen an der Abstellung des Übels mitwirken. Religiöse, sittliche, soziale und menschliche Gründe sprechen auch für größte Fürsorge im Interesse der

Minister v. Loebell:

Die Frage, ob die Reichswochenhilfe in dem jetzigen Umfang beibehalten werden kann, ist wegen ihrer großen finanziellen Tragweite noch in der Schwebe. Jedenfalls verdient die Frage ernste Beachtung. Für die Säuglingsfürsorge sind im Etat bereits einige Positionen vorgezeichnet. Allerdings genügt das noch nicht. Es sind augenblicklich Besprechungen im Gange, welche weiteren Mittel für den nächsten Etat hier zur Verfügung gestellt werden können. Der Wunsch, sofort solche Mittel auszuwerfen, kann leider nicht erfüllt werden. Die Kriegsteilnahme hat die ihr gebührende Anerkennung wohl verdient. In der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wirken sehr günstig die vom Reichsversicherungsamt eingerichteten Beratungsstellen, die noch vermehrt werden sollten. Durch Aufhebung der Schweigepflicht der Ärzte könnte das Vertrauen zu den Ärzten nachlassen. Bei den Fragen der Bevölkerungspolitik entscheiden nicht nur wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte, sondern es handelt sich um Dinge tief sittlicher Natur. Kirche, Schule, Elternhaus, alle beruflichen Organisationen müssen an der Abstellung des Übels mitwirken. Religiöse, sittliche, soziale und menschliche Gründe sprechen auch für größte Fürsorge im Interesse der

unehelichen Kinder.

Es gilt, das uneheliche Kind zu erhalten und soweit wie möglich zu einem nützlichen Gliede der menschlichen Gesellschaft zu machen. Das ist eine nationale Pflicht. Die Fragen der Bekämpfung des Geburtenrückganges haben eine Ministerialkonferenz unter Teilnahme von Landtags- und Reichstagsabgeordneten eingehend beschäftigt. Man hat empfohlen eine weitgehende Verbesserung der Säuglingsfürsorge und des Mutterchutzes, eine gründliche Reform der Hebammenordnung, eine Verbesserung des Heil- und Kinderwesens und der Stellung der unehelichen Kinder, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Das Material wird gegenwärtig gesichtet, und es wird sofort festgestellt werden, welche Maßnahmen daraufhin zu ergreifen sind. Im Zusammenhang mit diesen Dingen steht die Bekämpfung der Landflucht, die Kultivierung der Oedländerzeilen und die Förderung der Arbeiterheimstätten, die eine vaterländische Pflicht ist. Wir hoffen, alle diese Arbeiten bald zu einem gedeihlichen Abschluß bringen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Haenisch (Soz.):

Die leider außerordentlich geringe Besetzung des Hauses könnte den Anschein erwecken, als ob es sich hier um belanglose Fragen handelte. Genügt sind diese Dinge nicht in dem Maße wie die großen politischen Debatten, die uns in den letzten Tagen beschäftigt haben, geeignet, sensationelles Interesse zu erwecken. Aber sachlich ist kein Staat für die ganze Zukunft unseres Volkes von größerer Bedeutung, als das Gesundheitswesen. Bei dieser Bedeutung des Gesundheitswesens wird aber kurz oder lang doch ein besonderes Ministerium für Gesundheitswesen geschaffen werden müssen. Die beiden vorliegenden Anträge für Reichswochenhilfe und Säuglingspflege führen uns mitten hinein in die großen Probleme der Bevölkerungspolitik, die nicht erst durch den Krieg akut geworden ist. Seit 1877 haben wir in Deutschland einen stets zunehmenden Geburtenrückgang. Die Zahl der lebend Geborenen ist um nicht weniger als 23 Proz. gesunken. Wir hatten in den letzten Jahren vor dem Kriege 560 000 Geburten jährlich weniger, als wir hätten haben müssen, wenn auch nur der Prozentsatz von 1900 aufrechterhalten geblieben wäre. Berlin hat in den letzten 37 Jahren vor dem Kriege genau die Hälfte seiner Fruchtbarkeit eingebüßt. Eine absolute Abnahme der Bevölkerung wurde nur dadurch verhindert, daß es gelang, durch die Verbesserung der allgemeinen hygienischen Verhältnisse die Sterblichkeitsziffer von 26 auf 14 pro Tausend herabzubringen. Das ist nicht zum wenigsten auch ein Verdienst des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse um Sozialreform, Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Geburtenzahl

sinkt doch noch wesentlich schneller als die Sterblichkeitsziffer, so daß wir uns

den französischen Verhältnissen nähern,

die bereits seit Beginn dieses Jahrzehnts eine absolute Abnahme der Bevölkerung verzeichnen. Alle Erwartungen und Berechnungen für den künftigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg Deutschlands haben aber mit einer beständigen Bevölkerungszunahme gerechnet. So wird die Frage nach den Ursachen und der Möglichkeit zur Beseitigung dieses Übels zu einem Gegenstand von höchster nationaler Bedeutung. Die einen sehen die Ursachen des Geburtenrückganges in ethischen, die anderen in wirtschaftlichen Momenten. Genügt mag in manchen übermäßigsten Kreisen der weltstädtischen Großbourgeoisie Eitelkeit, Bequemlichkeit und Genußsucht, besonders der Frau, zur Einschränkung des Kinderertragens haben. Aber das erklärt nicht die Tatsache des Geburtenrückganges als eine soziale Massenercheinung. Genügt liegen die Dinge nicht so einfach, daß man sagen kann: je tiefer die absolute soziale Not, desto stärker der Geburtenrückgang. Im Gegenteil zeigt die Erfahrung, daß für den ganz tief stehenden Proletariat, der nach nicht über den Tag hinaus sieht, neben dem Alkoholgenuß der Geschlechtsgenuß sein einziges Vergnügen ist, so daß er Kind auf Kind eben in die Welt setzt, ohne daran zu denken, was dabei aus seiner Frau und den Kindern selbst werden wird. Das ändert sich aber, je mehr aus dem Proletariat ein moderner Staatsbürger wird. Auf der heute in unseren Großstädten erreichten Entwicklungsstufe hat der Arbeiter persönliches und soziales Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl bekommen, und gerade dieses treibt ihn zur Einschränkung des Kinderertragens. So erklärt es sich, daß der seit 1900 zu beobachtende starke Geburtenrückgang trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs doch seine Ursache in den sozialen Verhältnissen hat. Zwei Auswege gibt es aus dieser Situation: Entweder man wirft die Arbeiter in die alte Bedürfnis- und Verantwortungslosigkeit zurück, was natürlich nicht angeht, oder

man hebt ihre Lage so intensiv,

daß auch ihr gesteigertes Verantwortungsgefühl es ihnen erlaubt, eine größere Zahl von Kindern in die Welt zu setzen. In einzelnen sozialen Ursachen für den Geburtenrückgang kommen in Betracht das Wohnungswesen, das sich nach dem Kriege noch verschlimmern wird. Da sind sehr zu begrüßen die Bestrebungen auf Gründung von Arbeiterheimstätten. Damit hängt zusammen die innere Kolonisation, der das neue Pöbelkommissariat leider direkt entgegenarbeitet. (Sehr wahr! links.)

Ein weiterer Grund der mangelnden Bevölkerungszunahme ist die steigende Erwerbslosigkeit der Frauen, die sich während des Krieges noch beträchtlich verschlimmert hat. Die Frauen müssen unbedingt aus solchen Betrieben ferngehalten werden, die für ihre Gesundheit und die Erfüllung ihrer Mutterpflichten schädlich sind. Obgleich eine Vermehrung der Eheschließungen nicht ohne weiteres eine Vermehrung der Geburten zur Folge hat, muß doch den Angehörigen, besonders der geistigen Berufe, durch Verbesserung ihres Einkommens ein früheres Heiraten ermöglicht werden, das Kinderprivileg im Steuerwesen ist weiter auszubauen. Solche und ähnliche Maßnahmen verprechen viel mehr Erfolg, als ein grundsätzliches Verbot des Vertriebs Empfängnis verhütender Mittel. Dort, wo es die Gesundheit der Frau erfordert, muß z. B. dem Arzt die Anwendung solcher Mittel unbenommen sein. Vor allem aber darf die Verbreitung derjenigen Mittel nicht gehindert werden, die geschlechtliche Anziehung fernhalten, denn sonst treibt man den Teufel durch Beschwörung aus. Schätze doch der Ministerialdirektor in der Kommission die Zahl der Kinder, die infolge ererbter Syphilis schon in den ersten Lebensjahren und Wochen zugrunde gehen, auf jährlich im Preußen allein 50 000 und mehr. (Hört! hört!)

Wenn wir hören, daß von je 1000 ehelichen Kindern 696 das erste Lebensjahr erreichen, von je 1000 unehelichen aber nur 332, und daß beim 19. Lebensjahr die entsprechenden Zahlen 512 und 136 sind (Hört! hört!), dann ist die Notwendigkeit unumstößlich, die Säuglingsfürsorge, insbesondere für die unehelichen, zu erwischen. Wir fordern Verstaatlichung der Geburtshilfe. Die Reichswochenhilfe muß ausgedeutet und zu einer dauernden Pflichtleistung der Krankenkassen umgewandelt werden. Das alles kostet ganz gewiß viel Geld. Aber wir haben uns ja jetzt im Kriege an das Rechnen mit Riesenziffern leider gewöhnt. Gerade jetzt wird wieder eine neue Kreditvorlage, diesmal sogar von 15 Milliarden angefüllt, die natürlich auch meine Freunde wieder bewilligen werden müssen. (Abg. Dr. Hoffmann (Soz. Arb.): Hört! hört!) Allerdings bewilligen müssen, Herr Abg. Hoffmann, denn auch Sie werden noch nicht das Mittel gefunden haben, um diesen Krieg ohne Geld zu Ende führen zu können. (Abg. Hoffmann: Hört! hört!) Herr Abg. Hoffmann, ist Ihnen nicht, wie aller Welt bekannt, daß die deutsche Regierung ihre Friedensbereitschaft durch ihr Friedensangebot ausdrücklich erklärt hat und daß es unsere Feinde gewissermaßen sind, die uns zum weiteren Kriege führen und damit zu weiteren Geldausgaben gezwungen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn jetzt leider Hunderte von Milliarden zur Zerstörung und Vernichtung ausgegeben werden müssen, dann ist es nur gerecht, auch

Mittelsummen für Zwecke der Vermehrung und Erhaltung

günstig anzulegen. (Sehr wahr!) Genau so wie in der Frage der politischen Rechte, ist auch hier eine Gelegenheit, dem Dank an das Volk Ausdruck zu geben. (Beifall links.)

Der Segen der mehr pflanzlichen Kriegskosten trifft nur jene sehr dünnen Schichten, bei denen vor dem Kriege von einer Ueberernährung die Rede sein konnte. Weit bedenklicher sind die umgekehrten Wirkungen auf die Kinderbewirtshäuser und besonders auf die heranwachsende Jugend. Statt aber die Schulleistungen aufzuheben, erhöht man den Milchpreis auf 44 Pf. (Hört! hört! links.) Die Bekämpfung der Tuberkulose muß noch vermehrt und planmäßiger gehalten werden. Die in jedem Kriege, nehmen auch in diesem die Geschlechtskrankheiten stark zu. Da nach Dr. Dreyer unmittelbar nach der Einführung des Salvarsan eine erhebliche Zunahme der Syphilisbefragungen zu beobachten war, bitte ich die Medizinabteilung dringend, in der Salvarsanfrage größte Vorsicht walten zu lassen. An der Zunahme der Kreislau-, Nieren- und Nervenkrankheiten trägt der Alkohol- und Nikotinmißbrauch im Heere große Schuld. Darum ist der alkoholfreie Robilmadung nicht auch ein entsprechender Fortgang gefolgt. Die große Widerstandskraft der Russen ist sicher nicht zum wenigsten dem Alkoholverbot zuzuschreiben. Wir brauchen Förderung aller Bestrebungen der Lebensreform: der Abstinenzbewegung, der Bestrebungen gegen den Tabakmißbrauch der Sportvereine und der Jugendbewegung. Jugend ist nur einmal Traubenei ohne Wein! Wir brauchen einen systematischen theoretischen und praktischen Gesundheitsunterricht in der Schule. Mächtige doch jeder Mann und jede Frau im Volke künftig an der

Erhaltung und Festigung ihrer Gesundheit

ebenso großes Interesse nehmen, wie heute an dem Erwerb von Geld und Gut. Die Verhütung von Krankheiten ist eine der vornehmsten Aufgaben des Staates. Nicht bürokratische Eingriffe aller Lebensreformbewegungen verlangt sie, wohl aber ihre kräftige Förderung, ihre systematische Zusammenfassung und ihre Verlebung durch unermühtlich neue zu gebende Anregungen, daneben die Schaffung einer großzügigen Gesundheitsorganisation über das ganze Reich mit einem Gesundheitsministerium

an der Spitze. Das muß uns künftig mindestens ebenso am Herzen liegen, wie bisher die Heeresorganisation. Lebensreform und Sozialreform der unsozialen Art und in enger Verbindung miteinander: das tut uns not. Und nirgends mehr als hier gilt die Losung: Vorwärts undwärts! (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Kowolb (rel.) schließt sich den Wünschen auf Maßnahmen zur Hebung der Gesundheit des Volkes an.

Abg. Lohmann (natf.):

Der Abg. Haenisch meinte, wir würdigen in der Frage des Geburtenrückganges nicht hinreichend die sozialen Gründe. Es ist aber ein bedenklich subjektiver Maßstab, wenn er den Arbeitern empfiehlt, die Zahl der Kinder nach dem Maß der Zahlung vor ihren Frauen und den Ansprüchen, die Frau und Kinder an das Leben stellen, zu bestimmen. Da ist die Bequemlichkeit ein böser Berater. Wenn für die Arbeiter die Sorge für das Wohl ihrer Kinder dabei in Betracht käme, dann müßte die Arbeiterschaft unter allen Umständen soviel Arbeiter in Deutschland stellen, daß es vermieden wird, fremdländische, auf niedrigerer Kulturstufe stehende Arbeiter heranzuziehen, die die Löhne drücken.

Ministerialdirektor Dr. Kirchner:

Zu Besorgnissen um die Kinder liegt kein Grund vor, natürlich muß alles geschehen, um eine Unterernährung zu verhindern. Eine Folge der schlechten Ernährung im Kriege ist ein Steigen der Tuberkulose, das aber nicht besorgniserregend genannt werden kann. Von großen Seuchenepidemien wie in früheren Kriegen sind wir diesmal verschont geblieben. Daran hat unsere Wissenschaft und ihre Forschungen das Verdienst. So sind wir von der Cholera dank der Impfung verschont geblieben. Durch die Anwendung des Tetanus-Serums ist es gelungen, den Wundstarrkrampf, der im Anfang des Krieges häufig auftrat, so gut wie vollkommen verschwinden zu machen. Die

glänzendsten Erfolge

sind bei der Bekämpfung der Hauptkriegsinfektion, des Typhus, erzielt worden. Diese Krankheit wird nur durch Läuse übertragen. Deshalb sind in großzähliger Weise Entlausungsanstalten errichtet worden. Auch den gegenwärtig ziemlich verbreiteten Pocken werden wir durch die massenhaft vorgenommenen Impfungen in den Munitionsfabriken und Herbergen begegnen können. — Ueber die Zahl der Geschlechtskrankheiten im Heere herrschen übertriebene Vorstellungen. Sie ist nicht viel größer als im Frieden. Das bedauerlichste ist die Tatsache, daß über 60 Proz. der erkrankten Soldaten sich in der Heimat angeeckt haben. Dem Reichstag wird ein Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vorgelegt, das wir die Prostitution energisch bekämpfen zu können glauben. Vor allem muß sich die Ueberzeugung Bahn brechen, daß die Ansicht eine irrige ist, die Enthaltung vom unehelichen Geschlechtsverkehr sei gesundheitsgefährlich. Es muß

die doppelte Moral

endlich aufhören, daß man von der Frau außer der Ehe volle Enthaltsamkeit verlangt, während der Mann sich alles erlauben darf. (Sehr gut!) Mittel, die lediglich zur Verhütung der Ansteckung mit einer Geschlechtskrankheit dienen, dürfen von dem Verbot entzogen werden. Mittel, das kommen soll, nicht betraffen werden. Dienen solche Mittel aber nebenbei auch dazu, die Empfängnis zu verhüten, so müssen sie fallen. (Bravo!)

Abg. Hoffmann (Soz. Arb.): Ich will nicht auf das eingehen, was mein ehemaliger Parteigenosse Haenisch über die Kriegscredite gesagt hat. Jedenfalls war es interessant, daß ein Sozialdemokrat im Abgeordnetenhaus die Mehrheit der Sozialdemokraten im Reichstag schon jetzt in dieser Weise festgelegt hat. — Das Medizinamt sollte vor allem die Aufgabe erfüllen, Krankheiten vorzubeugen. Die heutige Unterernährung insbesondere der Frauen ist der Herd zukünftiger Seuchen, vor allem der Tuberkulose. Genügt sind wenig Nahrungsmittel vorhanden, aber man soll nur ernstlich zupacken und die Nahrungsmittel da nehmen, wo sie sind, bei den Junkern, bei den Bauern, bei den Bescheidenden und sie dem schwerarbeitenden Volke, das von Unterernährung zusammenbricht, geben. Tun Sie das nicht, dann werden Sie die Folgen zu tragen haben. (Bravo! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Damit schließt die Debatte.

Abg. Haenisch (Soz., persönlich): Die Sache ist mir zu ernst, um sie in eine persönliche Zänkerelei mit meinem früheren Parteigenossen Hoffmann ausklingen zu lassen. Nur um einer Legendenbildung vorzubeugen, stelle ich fest, daß es mir nicht in den Sinn gekommen ist, die Reichstagsfraktion irgendwie festzulegen.

Abg. Dr. Hoffmann (Soz. Arb.) hält an seiner Auffassung fest. Das Gesundheitsamt wird bewilligt. Die Anträge des Ausschusses werden angenommen, die weitergehenden Anträge der Volkspartei abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Montag 11 Uhr. (Etat der Bauverwaltung.) Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Bergbau- und Hüttenindustrie im Kriege.

Die Haushaltskommission des Landtags beschäftigte sich am 15. und 16. d. M. mit dem Etat der Bergbau-, Hütten- und Eisenverwertung. Der Berichterstatter Abg. Schrader (H.) bezeichnete den Betriebsabfall für 1915 als verhältnismäßig befriedigend. Der Betriebsüberschuss habe brutto 53,47 Millionen M. betragen. Für 1916 lege der Abschluß noch nicht vor, für 1917 seien höhere Einnahmen veranschlagt, so für die Kohlenbergwerke 335,9 gegen 271,7 Millionen Mark im vorigen Etat. 44,13 Millionen Mark seien als Ueberbucht im Ordinarium vorgesehen, gegen 37,68 im Vorjahre. Oberberghauptmann Hr. v. Beljen teilte mit, infolge der bekannten Verkehrsverhältnisse und der Materialpreiserhöhung bei der Betriebsüberschuss der Staatswerke in den ersten neun Monaten des Jahres 1916 ganz bedeutend hinter dem Veranschlagte zurückgeblieben. Auf Anfragen seitens eines nationalliberalen und eines freisinnigen Abgeordneten wegen der

Preissteigerungen für die Bergwerksprodukte

erklärte Minister Sydow, die Preisbewegung werde regierungsgünstig verfolgt, er habe für eine Preisbeschränkung durch die Syndikate versucht, wie er glaube, mit Erfolg. Von mehreren bürgerlichen Abgeordneten wurden die Monopolvereinerungen der böhmischen Firmen Reischl und Weinmann im deutschen Braunkohlenbergbau zur Sprache gebracht. Der Minister machte nähere Angaben über den Einfluß der böhmischen Firmen, erklärte jedoch, ein namhafter russischer Erwerb in der Braunkohlenindustrie könne jetzt nicht mehr in Frage kommen.

Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Gue, bestritt, daß die Preissteigerungen auf dem Markte für Bergwerksprodukte durch gleichartige Selbstkostensteigerungen gerechtfertigt seien. Dagegen sprachen die Ueberwachungsstellen, die Argumente der Werksleiter hätten mehr Gehör gefunden als die Einwände des Vorstandes des Städtetages, des Kriegsausschusses

zur Konjunkturinteressen usw. Die vorausgegangene weitere Preissteigerung für Brennstoffe im Kleinhandel und eine Reihe von Preissteigerungen in der Industrie und im Lebensmittelhandel seien dann auch eingetreten. Nicht auf die „Richtpreise“ der Einzelhändler komme es an, sondern auf die tatsächlichen Verkaufspreise und die gingen erheblich über die Richtpreise hinaus. Die Vermittler müssen die schwersten Lasten tragen, denn die Kohlenverkäufer wählten alle direkten und indirekten Preissteigerungen auf die breiten Massen ab. Nun sei für den 1. April

eine neue Preissteigerung zu befürchten,

denn die jetzigen Preise gelten nur bis dahin. Nach seiner letzten Schilderung der Verhältnisse in der Braunkohlenindustrie habe man ihm übertriebene Schwarzgeherci vorgeworfen. Jetzt gebe der Minister selbst zu, daß die Zustände sehr kritisch geworden seien. In Siegen-Rassau würden immer mehr Erze gruben von niederrheinisch-westfälischen Sünterwerken angekauft, und es wachse die Gefahr, daß das betreffende Gebiet zur Verödung verurteilt würde.

Der Minister erwiderte, er habe die Interessen der Konjunktur gewahrt. Nachdem seitens der Zechenvertretungen allgemein bezeugt worden sei, daß im zweiten Halbjahr 1916 die Selbstkosten außerordentlich in die Höhe gingen (der Minister brachte eine Reihe solcher Belege zum Vortrag), habe er die Regierung nicht verantworten können, das Geschäft um Preissteigerung abzuweichen. Den Beschluß habe das Gesamtministerium gefaßt. Daß am 1. April eine neue Preissteigerung eintrete, hält der Minister für ausgeschlossen. Die Folgen der Zechenaufkäufe schildere Que zu schwarz. Heutzutage gäbe es kein geschicktes Mittel, diese Anläufe zu verhindern. Ein nationalliberaler Abgeordneter aus dem Siegerlande behauptet, die Zechenaufkäufe seien kein Nachteil für das Gebiet. Ein Vertreter des Zentrums wandte sich gegen Que, der als Arbeitervertreter doch nicht gegen Kohlenpreissteigerungen sein dürfe. Die Arbeiter forderten doch auch rechtmäßig höhere Löhne, wovon sollten die Zechenbesitzer denn zahlen?

In der Erörterung über die vorausgesetzlichen Ausgaben und Ueberschüsse der Betriebe kommen eine Reihe betriebstechnischer, allgemein volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Fragen zur Besprechung. Ein nationalliberaler Vertreter hob die starke Verteuerung des Grubenholzes hervor, sie bedeute eine ganz enorme Erhöhung der Betriebskosten. Ein freisinniger Vertreter fragte wegen der Lage und Aussichten der Kaliindustrie an und erhielt vom Minister die Auskunft, die Verbrauchsvermehrung ginge leider weiter vor sich, aber die Absatzverhältnisse hätten sich gegen 1915 gebessert. Nach dem Kriege habe die deutsche Kaliindustrie mit einer hohen guten Prosperität zu rechnen. Der sozialdemokratische Vertreter ging näher auf die Betriebsverhältnisse der Staatswerke ein und untersuchte die Ursachen der Zwickauer Wirtschaft auf dem Rauterwerk Bienenburg und namentlich der Kohlenzechen im Direktionsbezirk Reddinghausen. Weiter ging er auf die

Lohn- und Ernährungsverhältnisse der Bergwerks- und Hüttenarbeiter

ein. Wohl seien ab 1. Januar erhebliche Preissteigerungen erfolgt, aber eine allgemeine, diesen Preissteigerungen entsprechende Lohnaufbesserung sei nicht eingetreten! Dem Arbeiter bleibe wegen der unzureichenden Verteilung der Lebensmittel nichts anderes übrig, als sich die „unter der Hand“ umgesetzte sogenannte teure „Auslandsware“ zu kaufen. Das erkläre hinlänglich, daß die jetzigen Löhne, wenn sie auch teilweise nambast höhere seien als die vor dem Kriege, bei weitem nicht ausreichten. Ferner besprach Que die Unfallvermehrung, die großen Mängel der Betriebsinspektion durch besetzte Kontrolleure und der „Sicherheitsmänner“ und die Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter. Hier habe die Bergbehörde dem Unternehmerhandpunkt schon viel mehr Zugeständnisse gemacht, als es sich sogar durch die Kriegsnöwendigkeiten rechtfertigen ließe. In der Arbeiterschaft würden diese Vorgänge mit steigendem Mißtrauen und zunehmender Verstimung verfaßt.

Regierungsbüro wurde auf diese kritische Darstellung und die ernste Aufforderung des sozialdemokratischen Vertreters, eine humanere Berücksichtigung der Arbeiterbedürfnisse sei nötig, mit Erklärungen und Geheißauslegungen geantwortet, die Que zu entschiedener Zurückweisung und zu der Konstatierung veranlaßte, daß die Interessen der Industriearbeiter durch solche Geheißauslegungen außerordentlich bedroht seien. Der Minister erklärte zur Bohrtage, die Löhne im Saargebiet seien ab 1. Januar allgemein erhöht und würden auch in den anderen industriellen Direktionsbezirken eine weitere Aufbesserung erfahren. Was an Beschaffung von

Lebensmitteln für die Schwerindustrie

gekauft werden könne, solle geschehen. Ein konservativer Vertreter fragte, ob es richtig sei, daß mit der „Hindenburgpönde“ an die Industriearbeiter durch solche Geheißauslegungen bringendes Geschäft machten. Der Minister und mehrere Ausschußmitglieder antworteten, dabon sei ihnen nichts bekannt, es sei aber auch nicht glaubhaft.

Der Etat wurde bewilligt, die eingereichten Petitionen der Handels- und Gewerbekommission überwiesen.

Frauen in der Gemeindeverwaltung.

Ein von dem Abg. Kronjahn (Sp.) und Genossen im Abgeordnetenhaus eingebrachter Antrag ersucht die Regierung, einen Gesetzentwurf auf Venderung der Städteordnungen nach der Richtung einzubringen, daß Frauen an Mitgliedern städtischer Verwaltungsdeputationen und Stiftungsvorständen mit beschließender Stimme bestellt werden können. Diesen Antrag hatte das Haus der Gemeindekommission des Abgeordnetenhauses überwiesen, in der verschiedene Redner ausführten, daß die Mitwirkung von Frauen nur in den mit sozialen Aufgaben beschäftigten städtischen Deputationen zweckmäßig sei. Mit Mehrheit wurde beschlossen, den Antrag Kronjahn so zu fassen, daß Frauen nur zu solchen Deputationen hinzugezogen werden, die sich der sozialen Fürsorge und Wohlfahrtsbestrebungen widmen.

Trotz Warenknappheit sind meine Läger
 Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen, Läuferstoffe usw. Tisch- u. Diwanddecken usw.
 noch reich sortiert!!
 Viele dieser Artikel zu alten Preisen!!
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin-Süd. Seit 1882
 nur **Oranienstr. 158.**
 Mein allbekanntes Haus hat keinerlei Beziehung zu ähnlich lautender Firma!!



Deutsche Männer, Deutsche Frauen.

Der Weltkrieg drängt zur Entscheidung. Unsere Feinde haben ihre Absichten enthüllt. Wir sind ihnen dankbar, daß sie die letzte Maske fallen ließen, daß wir heute mehr denn je wissen, daß wir für den Bestand unseres Vaterlandes kämpfen, für das Sein oder Nichtsein von Haus und Herd, von Weib und Kind.
 Jetzt gilt es alle Kräfte für dies Ziel einzusetzen und nichts zu unterlassen, was unsere Kraft in dem Völkerringen zu steigern und zu stärken vermag.
 Der Ankauf von Goldsachen durch die Reichsbank und der Verkauf von Juwelen ins neutrale Ausland durch die Diamantenregie gilt diesem Ziel.
 Er stärkt den Goldschatz des Reiches. Er steigert unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Er wird dazu beitragen, uns einen ehrenvollen Frieden und den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft zu sichern.
 Das Opfer der Gold- und Juwelenabgabe, zu welcher die Reichsbank auffordert, zählt - und das sei hier den mancherlei herumschleichenden Anzweiflungen gegenüber ausdrücklich festgestellt -

zu den notwendigen Rüstungsarbeiten,

mit denen wir gewillt sind, unseren Feinden entgegenzutreten und unseren Fahnen den Endsieg zu wahren.
 Das Gefühl der Notwendigkeit dieses Opfers erfüllt noch nicht alle Kreise unseres Volkes. Noch können wir zwar davon absehen, Goldschmuck und -gerät aufzurufen, dem ein hoher Kunstwert oder - wie alten, durch Generationen aufbewahrten Familienstücken und den Trauringen der Lebenden - ein besonderer kulturhistorischer oder ethischer Wert innewohnt, aber für alles übrige muß auch hier rückhaltlose Opferfreudigkeit sich in des Vaterlandes Dienst stellen. Wie jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau sich heute, we es den Kampf um des Deutschen Volkes Dasein gilt, draußen wie drinnen selbstlos und selbstverständlich in die Reihe der Kämpfer stellt und längst von dem Wahn geheilt ist, auf den Einzelnen komme es nicht an, so ist es auch hier not, daß jedes Goldstück, jedes Schmuckstück und Gerät, von dem sich weitherzigste Opferwilligkeit zu trennen vermag, den Kampf für das Vaterland mitkämpft. Wir brauchen heiße Herzen und offene Hände.

Frauen und Männer Deutschlands! Zeigt eure Opferbereitschaft. Laßt euch in dem gesunden Bewußtsein, daß des Deutschen Volkes schwerste Zeit von euch verlangt, auch an dieser Stelle eure Hilfe zu spenden, nicht wankend machen durch Jene, denen das geforderte Opfer zu hoch erscheint.

Wir brauchen euer Opfer!

Berlin, den 1. Februar 1917.

Handwritten signature and text: Reichsausschuss der Rüstungsarbeiten

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen Deutschlands
 (früher Nationale Krankenkasse usw.)
Grünauf
 — Hauptsitz: Schwabisch-Gmünd —
 Montag, den 19. Februar 1917.
 abends pünktlich 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 (§ 26 der Satzung)
 im Gewerkschaftshaus,
 Engelsteil 15, Saal 5.
 Tagesordnung:
 1. Jahres- und Rechenschaftsbericht vom Jahre 1916.
 2. Diskussion.
 3. Wahl für die nach § 26 der Satzung auszuführenden Mitglieder des Vorstandes.
 4. Mitteilungen. 1881b
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.
 J. A. C. Holtkamp, Vorsitzender, Admiraalstr. 18 E. 2 Tr.

Belohnung.
 Bernth mit Frau Margarete Sibilla geb. Glemens, am 9. März 1887 zu Düsseldorf geboren, die sich, ihren Sohn lebend, am 8. Februar heimlich aus ihrer Wohnung entführt hat; der Sohn lebt und kommt in Urlaub.
 Größe: circa 1,6 Meter.
 Figur: unterleibt, normal, von gutem Aussehen, rundlichem Gesicht, Augen braun, Augenbrauen und Haare dunkel, vorn grau und geschleift. Zähne gesund. Alter: 60 Jahre, schmeibbar 50-55. Erste Schulter bogenförmig, Gang schwach hinfend. Blauer Sammet oder ohne Kopfbedeckung, grau und braun kariertes Umhangstuch; rote, schwarze getuppte Wogenjacke; blauer Anstrich, graue Strümpfe, schwarze Schuhtüfel. Jegliche Anhaltspunkte an
 12. Polizeirevier, Charlottenburg.
 P. Zapp, Charlottenburg, Tegeler Weg 6.

Germania-Prachtsäle, Chausseest. 110.
 C. Richter.
 Jed. Sonntag.
 P. Manthey's
 Lust. Sänger
 u. Konzert.
 Neues Prog.
 Anf. 6 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 10 Steuer. Militär 30 Pf.

Spezial-Arzt
 Dr. med. Hasehe.
 Friedrichstr. 90
 briefl. am Stadtbahnhof
 Behandl. von Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleid., bez. Haut- fälle, Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, wirksame Behandlung ohne Beeinträchtigung Blutunternehmung. Näg. Breite. Teilzahlung. Sprechstunden 10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Reichels Magenropfen
 Seit 25 Jahren erfolgreich erprobt u. berühmt durch ihre große Wirkung bei allen Magenbeschwerden. 31. 2. 50 W. (Reichel H. L. - W.). Echte nur mit Marke "Reichel". Wo nicht erhältlich, durch Otto Reichel, Berlin 43, Eichenbühne 4.

J. Baer,
 Badstr. 28
 Ecke Prinz-Alten
 Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Einsegnungs-Anzüge, Japaner, Gr. Stofflager, eleg. Maßanfertigung, Billigste, beste Preise

In Freien Stunden.
 Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Welt 15 Pf. Buchhandlung Bucharts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 4

Spezialarzt
 Dr. med. Coleman
 f. Geschlechtskrankh., Haut-, Horn-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Bein- krankh., Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos oh. Berufstör. i. Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blut- unters. Fäden im Harn usw.
 Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum
 Königstr. 34-36, Ecke Nono
 Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
 Honorar mäßig, auch Teilzahl.
 — Separates Gasmzimmer.

Münzen
 kauft Ball, Münzenhdig., Berlin Wilhelmstr. 46/47. 12 3/4

Glühpunsch-Extrakt
 Liter M. 3.55.
 für erwachsene nicht unter 5 Pf.
Hermann Führer, Berlin O.,
 Marsillinstr. 21.
 Tel.: Amt Köpenickstr. 2043.

Glühpunsch
 Liter 2,00 M.
 1 Teil Punsch, 2 Teile siedendes Wasser ergeben ein herrliches süßes Getränk. Billiger als Bier, Kaffee, Tee usw. Ein Glas Warmes stellt sich auf 5 Pf.
das beste tägliche Getränk in jedem Haushalt
 Es wird höfl. geboten, möglichen Flaschen oder Gefäße zum Abfüllen mitzubringen
H. Krömer,
 Berlin N, Oranienburger Str. 66.
 2. Verkaufsstelle: Reinickendorfer Straße 109.
 3. Verkaufsstelle: Andreasstraße 78.

Mazedonische Front — Rumänische Front.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 16. Februar. Amtlicher Bericht vom 16. Februar. Mazedonische Front: Nördlich von Bitolia, in der Gegend von Roglena und auf dem rechten Ufer des Bardar spärliche Feuer der Artillerie, Minenwerfer, Maschinengewehre und der Infanterie. An der übrigen Front ziemlich schwache Artillerietätigkeit.

Ein Zug feindlicher Infanterie, der gegen unsere Stellungen westlich von Gwogeli vorzugehen versuchte, wurde durch Gewehrfeuer und Bomben unserer Truppen zurückgeschlagen.

An der Agäischen Front beschossen feindliche Schiffe einzeln und ohne Ergebnis die West- und Ostküste des Meerbusens von Kavalla.

Rumänische Front: Eine russische Infanterieabteilung verlor über den zugefrorenen St. Georgsarm sich unseren Posten zu nähern, wurde aber mit Handbomben und Gewehrfeuer verjagt und ließ mehrere Tote und Verwundete zurück.

Die Lage an der Tigrisfront.

Konstantinopel, 17. Februar. Generalstabsbericht vom 16. Februar.

Tigrisfront: In der Nacht zum und am Morgen des 14. Februar wurde sehr lebhaftes Artilleriefeuer gegen unsere Stellung südlich des Tigris gerichtet. Ein darauf unternommener Angriff des Feindes gegen unseren rechten Flügel wurde abgelehnt. Ein Teil unserer Stellungen wurde beschlagnahmt, um unnötige Verluste zu vermeiden.

Perzische Front: Nordöstlich von Hamadan wurde ein feindlicher Angriff abgelehnt. Ebenso wurde nordöstlich von Sidjar eine feindliche Kavallerie-Eskadron zerstreut.

An den übrigen Fronten kein meldenswertes Ereignis.

Der stellvertretende osmanische Oberbefehlshaber.

Der Aufstand auf Kuba.

New York, 17. Februar. Nach einem Telegramm aus Havana hat 17 Meilen von der Stadt entfernt ein scharfer Kampf stattgefunden, in dem die Regierungstruppen den Aufständischen eine Niederlage beigebracht haben.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Der Medizinalrat.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Sonnabend den Medizinalrat. Die Debatte war, das muß anerkannt werden, von großem Ernst getragen. Die Folgen des Krieges, gerade im Innern des Landes, haben manchen zum Nachdenken gebracht, der vorher für die Maßnahmen, die von unserer Seite erhoben wurden, nur ein Nicken, und für die Forderungen etwa der Mutter- und Väterbewegung nur Abweisung hatte. Jetzt hört man auch Konserwativen, Zentrumsleute und nicht zuletzt die Regierung betonen, daß für die Erhaltung und Erziehung der unehelichen Kinder, für den Mutter- und Säuglingschutz, gegen die Tuberkulose in ganz anderer Weise etwas geschehen muß, als vor dem Kriege. Zwar auch heute noch halten die Rechte und das Zentrum daran fest, von der Religion und dem Glauben Heilwirkungen zu erwarten. Wir verlassen uns doch lieber auf die Lehren, die uns die Tatsachen geben, und auf die Hilfe, die von der Gesamtheit und der öffentlichen Gewalt in die Hände genommen wird. Was aber dazu notwendig ist, das sagte Genosse Haenisch in großen Zügen dar. Er wandte sich unter anderem sehr entschieden gegen die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte bei gesundheitsschädlichen Arbeiten und betonte, daß nach dem Kriege im Interesse der Volksgeundheit die jetzt so gewaltig übertriebene Frauenarbeit überhaupt auf ein möglichst geringes Maß zurückgeführt werden muß, wozu freilich eine entsprechende Vergütung der Männer die unerlässliche Vorbedingung ist. Er warnte bei Besprechung der Kinderfürsorge sehr ernst vor der geplanten Rückversicherung und wies nach, daß für die Bevölkerungspolitik Kosten überhaupt keine Rolle mehr spielen dürfen, nachdem alle Begriffe von Geld für die Zwecke der Vernichtung und Zerstörung ihre Grenzen verloren haben. Schließlich zeigte Haenisch, wie wir die Bewahrung des Landes vor größeren Kriegsgefahren nicht zum geringsten der Aufklärungsarbeit der Sportvereine, der Jugendbewegung und auch der Vertreter einer natürlichen Lebensweise zu danken haben. Für das Meer wünschte unser Redner Kampf gegen Alkoholismus und Tabakmißbrauch. Bei Besprechung des Kampfs gegen die Geschlechtskrankheiten, die in der Debatte überhaupt eine sehr große Rolle spielte, setzte Haenisch auseinander, wie verkehrt es wäre, etwa auch diejenigen Mittel zu verbannen, die gegen diese Krankheiten schützen.

Den Mitteilungen des Ministers über den Stand der Volkskrankheiten war zu entnehmen, daß die Tuberkulose und die Pocken — letztere infolge wohnlicher Einschleppung — zugenommen haben. Eigentlich ist es doch erstaunlich, daß man diese wohnlichen Rückwanderer nicht der üblichen sanitären Beobachtung und Ueberwachung unterzogen haben sollte. Ueber die Pockenkrankheiten gab in vorgerückter Stunde noch Ministerialdirektor Dr. Kirchner Auskunft. Er sprach auch über den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten, der nun auf reichsgesetzliche Grundlage gestellt werden soll, und was er hier sagte, sollte überall mit dem allergrößten Ernst zur Kenntnis genommen werden. Mit einer Rede Adolf Hoffmanns über Unterernährung ging die Debatte zu Ende.

Montag: Bauzot.

Schorlemer bleibt!

Berlin, 17. Februar. (Meldung des B. L. B.) Verschiedene Morgenblätter bringen die Nachricht, daß der Landwirtschafminister Freiherr v. Schorlemer sein Portefeuille zur Verfügung gestellt habe. Wir können zu dieser Nachricht mitteilen, daß die für den Landwirtschaftsminister nach der Berufung des preussischen Staatskommissars für Volksernährung sich aufdrängende Frage seines Verbleibens im Amte durch allerhöchste Entscheidung im bejahenden Sinne entschieden ist.

Die katholische Internationale.

Wie ein heller Lichtstrahl in finsterner Nacht, wie das Aufblitzen der kommenden Morgenröte einer neuen Zeit, mußt uns die Züricher Internationale katholischer Parlamentarier und Politiker an. Mit diesen Worten begrüßt die „Germania“, das

Berliner Zentrumsorgan, eine internationale katholische Konferenz, die jetzt in Zürich zusammengelassen ist. Die die „Germania“ aus guter Quelle weiß, ist die Zusammenkunft in erster Linie ein Werk des Papstes gewesen. Unter den vertretenen Ländern sind Frankreich, England, Italien und Rußland nicht genannt, es beteiligten sich Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Polen, Holland, Belgien und die Schweiz. Nach der „Reichspost“ waren ferner auch Spanien, Bulgarien und die Türkei auf der Konferenz vertreten. Die deutschen Vertreter waren bekannte Parlamentarier des Zentrums, die Reichstagsabgeordneten Spahn, Erzberger, Gröber und Fehrenbach, der Vizepräsident des preussischen Abgeordnetenhauses Dr. Forst und der bayerische Fraktionsvorsitzende Dr. Held. — Die Zusammenkunft der vertretenen Staaten ergibt, daß es vornehmlich Vertreter der Zentralmächte und neutraler Staaten waren, die hier zusammenkamen, aber von den gegnerischen Mächten war zum mindesten ein Land, nämlich Belgien, vertreten. Somit scheint auch die katholische Internationale nicht stark genug gewesen zu sein, um die Gegensätze des Krieges zu überbrücken.

Ueber Zweck und Charakter der Konferenz geben folgende Sätze der „Germania“ eine gewisse Auskunft:

Geht wollen wir die Bedeutung der Züricher Konferenz nicht überschätzen und von ihr von heute auf morgen keinen Friedensschluß erwarten. Wir haben übrigens bei der Prüfung der Resolutionen der Delegiertenkonferenz des Schweizerischen katholischen Volksvereins in Zug die Befugnisse aller internationalen Ausprägungen katholischer Führer dahin umgrenzt, daß die Vereinbarung von Friedensbedingungen nicht ihre Sache sein könne. Dennoch bleibt ihnen ein außerordentlich weites und dankbares Feld der Betätigung offen, wie schon aus den bekanntgewordenen Gegenständen der Züricher Konferenz deutlich hervorgeht. Von großer aktueller Bedeutung sind die von ihr gefassten Beschlüsse über die Verbesserung der Lage der Kriegsgefangenen und die Freilassung der Zivilinternierten. . . . Öffentlich wird durch sie die baldige Freilassung der Zivilgefangenen erwirkt, weil ihr Festhalten doch an dem Verlauf des Krieges nicht das geringste ändern kann und übrigens der christlichen Zivilisation wenig entspricht. Ferner sollen den Arbeitern wieder die Wohlthaten der internationalen Uebereinkommen, insbesondere auf dem Gebiete des geschlichen Arbeiterlohnes und der Sozialversicherungen zuzuführen und der Ausbau dieser Abmachungen betrieben werden.

Aber das ist nur ein kleiner Teil des großen Programms, das man kurz in die Worte fassen kann: Wiederannäherung der politischen, kulturellen und sozialen katholischen Führungen sowie aller Völker nach dem Kriege. In diesem Sinne wurden zahlreiche Beschlüsse gefasst, die uns zur Stunde noch nicht vorliegen, und es wurden Organisationen gebildet, die alle vorbereitenden Schritte unternehmen sollen.

Es ist bezeichnend, daß diejenige Presse, die über jede geplante oder tatsächlich stattfindende Zusammenkunft deutscher Sozialisten mit denen neutraler oder feindlicher Staaten zum Zwecke der Völkerverständigung stets einen ungeheuren Spektakel erhebt, diese Zusammenkunft der katholischen Internationale fast ganz mit Schweigen übergeht. Was hier beschlossen worden ist, kann doch Blättern vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung“, welche die Menschheit abgeschafft haben, durchaus nicht sympathisch sein. Aber man mag es wohl nicht, es mit dem Zentrum zu verderben?

Ein merkwürdiger Vortrag.

In der „Gesellschaft für ethische Kultur“ hat der Viz. Friedrich Siegmund-Schulke am Freitagabend einen Vortrag über „Religiöse Wandlungen der Arbeiterschaft während des Krieges“ gehalten, über den die „Deutsche Tageszeitung“ unter der auffälligen Ueberschrift berichtet: „Wie der Sozialdemokratie die Niederlämpfung der religiösen Werte gelang“. Nach diesem Bericht hat Herr Viz. Schulke Ausführungen gemacht, die nicht unwiderprochen bleiben dürfen.

Herr Schulke sprach von der „religiösen Welle“ in den Augusttagen des Jahres 1914. Die kirchliche Erhebung habe er auch bei den Arbeitern feststellen können, mit der nationalen Entspannung sei dann auch die kirchliche Entspannung eingetreten.

Aber viel stärker sei der Rückschlag bewirkt worden durch den überlegten und gutgeführten Kampf der sozialdemokratischen Führer gegen die kirchliche Erhebung. Er sage das nicht im Jörn; von ihrem Standpunkt aus hätten diese Männer nur ihre Pflicht getan. Er versichere aber, daß im September und Oktober 1914 sich die klügeren Männer der Arbeiterschaft darüber klar gewesen seien: wenn wir jetzt das religiöse Element bestehen oder gar stärker werden lassen, wird auch das nationale Element gestärkt. Darum seien diese Männer den religiösen Bewegungen entgegengetreten. Es hätten verschiedene „Aktionen“ stattgefunden, um Presse und Bewegung von jeder religiösen Beeinflussung zu reinigen. Nicht die geringste Nachricht sollte über religiöse Vorgänge usw. an die Öffentlichkeit dringen. Von Ende September 1914 hätte das in der Tat im „Vorwärts“, in den „Sozialistischen Monatsheften“ und vielen anderen sozialdemokratischen Blättern aufgehört. Erst viel später habe sich das geändert, weil man — wieder eine völlige Gleichgültigkeit gegen die Religion erreicht habe.

Diese Behauptungen müssen den Zuhörern des Herrn Schulke etwas merkwürdig vorgekommen sein; denn nach Schluß des Vortrages richtete der Vorsitzende der Gesellschaft für ethische Kultur nochmals eine ausdrückliche Anfrage an den Vortragenden über die Haltung der sozialdemokratischen Führer. Darauf teilte Herr Viz. Siegmund-Schulke folgendes mit:

Er sei vor dem Kriege aufgefodert worden, im Berliner Gewerkschaftshause ethisch-religiöse Vorträge zu halten, man sei aber nach dem Kriegsausbruch nicht mehr darauf zurückgekommen. Da sei er zu dem jetzigen Stadtrat Sassenbach gegangen und dieser habe gesagt: Ja, wenn der Krieg nicht gekommen wäre, die jetzige Welle des Rationalen und Kirchlichen sei so riesig fort, daß wir bei uns in der Arbeiterschaft irgendeinen religiösen Einfluß nicht mehr zulassen können. Jetzt können wir unsere Säle keinem von Ihnen öffnen. Herr Sassenbach, einst katholisch, erklärte die Religion für Eierkäse, die man in der Stadt bald los werde.

Wie uns Genosse Sassenbach hierzu mitteilt, sind die Behauptungen des Herrn Schulke in vollem Umfang unrichtig. Zunächst ist Herr Schulke vor Beginn des Krieges niemals von gewerkschaftlicher Seite aufgefordert worden, irgendwelche Vorträge zu halten. Nach Ausbruch des Krieges habe Herr Schulke allerdings den Gewerkschaften die Abhaltung von Vorträgen angeboten, aber er, Sassenbach, habe darauf erwidert: Von einer religiösen Welle in der Arbeiterschaft könne keine Rede sein, für Bestrebungen, wie sie Herr Schulke propagiere, bestände in Berlin gar kein Boden. Also gerade das Gegenteil dessen, was Herr Schulke Sassenbach in den Mund legt.

Von dieser einen Richtigkeit abgesehen, fordert der Schulke'sche Vortrag noch manche Erwiderung heraus, die wir uns mit Rücksicht auf Wichtigeres verhehlen. Die „Deutsche Tageszeitung“, der ja der Vortrag sehr zugesagt zu haben scheint, brauchte jedenfalls ihre Lust nach zu einer geheimnisvollen sozialdemokratischen Propaganda zu nehmen, um Gründe für das Abbeden der „religiösen Welle“ zu

finden. Hat doch an ihrer Spitze erst unlängst Graf Reventlow verkündet, daß Begriffe wie „Menschheit“ für uns nicht mehr existieren dürften, und auf eine bescheidene Einwendung der Reichskanzler „Germania“, daß dies doch dem Grundgedanken des Christentums widerspreche, diese seine Auffassung für „gestiegrenes Christentum“ erklärte.

Das Kommunalwahlrecht der Kriegsteilnehmer.

Durch das B. L. B. wird folgende Nachricht verbreitet: Der Gesetzentwurf zur Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer ist nunmehr von beiden Häusern des Landtags unbenändert angenommen worden und wird voraussichtlich schon in einigen Tagen in Kraft treten. Die Landgemeinden, in denen nach den Gemeindeverfassungsgesetzen die Aufstellung und Auslegung der Liste der Gemeindeglieder sonst zu Beginn des Kalenderjahres hätte erfolgen müssen, erlangen durch das neue Gesetz u. a. die Befugnis, von dieser Aufstellung und Auslegung für das Kalenderjahr 1917 abzusehen und bei etwa notwendig werdenden Wahlen zur Gemeindegliederung die letzte endgültige Liste zugrunde zu legen. Dadurch wird eine erhebliche Arbeitersparnis in den Gemeinden eintreten.

Bundesrat. In der gestrigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme der Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung eines Zulags zur Kriegsteuer, der Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung der Kriegsteuer, der Entwurf eines Gesetzes über eine weitere Kriegsabgabe der Reichsdank, der Entwurf einer Verordnung über Versicherung der im Vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten und der Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Terpentinöl und Riendöl.

Der Rhein-Main-Donau-Kanal. Im bayerischen Finanzausschuß teilte der Verkehrsminister mit, daß für den, mit einem Kostenaufwand von 650 Millionen Mark zu erbauenden Großschiffahrtsweg Rhein-Donau die Beteiligung der bayerischen Städte bereits sicher sei. Auch die rheinischen Interessenten haben bereits ihre finanzielle Beteiligung in Aussicht gestellt.

Ein Programm leerer Worte.

Der gemeinsame Volksgangsausschuß des Deutschen Nationalen Verbandes und der Christlich-Sozialen Partei Oesterreichs hat ein Programm entworfen und dem österreichischen Ministerpräsidenten mitgeteilt, der sich nun die leeren Worte und nichtigen Redensarten nach Belieben deuten kann. So wird empfohlen, alle Kräfte zur Heilung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges zusammenzufassen. Sehr schön! Aber dieser Wunsch ist nicht dem gemeinsamen Volksgangsausschuß eigentümlich, ihn teilt jeder normale Mensch. Die Frage geht nur nach den Mitteln und Wegen zu diesem Ziel. Für die Deutschen wird in Oesterreich im Staatsinteresse eine besondere Stellung verlangt, die Einführung der deutschen Staatsprache und die Sicherung des deutschen Charakters der deutschen Länder und Landestelle gefordert. Als ob der Gesetzgeber die großen Binnenwanderungen, die den nationalen Charakter mancher Gegenden vollkommen verändern, mit einigen Paragraphen über die Amtssprache wirkungslos machen könnte. Für Köhnen wird die Kreiseinteilung und in den anderen Kronländern der Schutz der deutschen Minderheiten verlangt, woraus selbstverständlich folgt, daß auch die anderssprachlichen Minderheiten in Kronländern mit deutscher Mehrheit geschützt werden müssen. Einzig von Interesse ist in dieser Sammlung billiger Gemeinplätze der Passus über die Entwicklung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses zu einem Wirtschaftsbündnis:

„An dem Bündnis mit dem Deutschen Reich ist festzuhalten und ein innigerer wirtschaftlicher Zusammenschluß zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, gegebenenfalls nach Maßgabe der wirtschaftlichen Entwicklung, die schrittweise Ausgestaltung zu einem Zoll- und Handelsbündnis anzustreben. Handelsverträge sind gemeinsam mit dem Deutschen Reich mit dritten Staaten abzuschließen und entsprechende Abgabebereiche so sicherzustellen.“

Die Zurückhaltung in der Beurteilung der ehemals so großen Pläne zur Ausgestaltung des politischen Bündnisses zu einem Wirtschaftsbündnis ist in der Rundgebung der deutschbürgerlichen Partei Oesterreichs das einzig Bemerkenswerte.

Letzte Nachrichten.

Die Leitung der österreichischen Flotte.

Wien, 17. Februar. Die die „Neue Freie Presse“ meldet, soll der bisherige Stellvertreter des Chefs der Marinesektion Vizeadmiral Kailer von Kalkenfeld zum Chef der Marinesektion ernannt werden und Vizeadmiral Niogoban zum Flottenkommandanten ausersehen sein.

Gesteigerte französische Kriegskosten.

Bern, 17. Februar. Die Pariser Mänter schreiben, weisen die vom Finanzminister Ribot geforderten Kredite für das zweite Vierteljahr gegenüber dem ersten einen Mehrbetrag von 940 960 000 Fr. auf. Davon entfallen 690 Millionen auf militärische Ausgaben, 240 auf die Zivilverwaltung. Der Munitionsminister forderte allein einen weiteren Zuschuß von 232 Millionen.

„Eine Probe wie nie zuvor.“

Rotterdam, 17. Februar. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Minister Henderson sagte gestern in einer Rede in Manchester: Wir haben das Gefühl, daß unser großer Volk und seine tapferen Verbündeten in den nächsten Monaten auf eine Probe gestellt sein werden wie nie zuvor, seit die erste Schlacht in diesem Kriege geschlagen wurde. Ich teile dieses Gefühl voll und ganz. Der Minister erklärte dann, daß er noch nie so festes Vertrauen gehabt habe, daß die Alliierten ihre Feinde bestiegen würden.

„Wir müssen weniger essen.“

Rotterdam, 17. Februar. Nach einem Telegramm des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London veröffentlicht die „Times“ einen Leitartikel mit dem Titel: „Wir müssen weniger essen“, in dem sie für eine strenge Einhaltung der freiwilligen Sparmaßnahmen eintritt.

Ein Opfer der Minen.

London, 17. Februar. Lloyd meldet, daß der englische Dampfer Lada Ann (1016 Tonnen) auf eine Mine gestoßen und gesunken ist. Zwei Mann der Besatzung wurden getötet, fünf verwundet.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Zur Spruchpraxis des Hilfsdienstauschusses.

Auch den vom Heeresdienst Rekrutierten soll bei Verweigerung des Ablehrscheins die Anrufung des Schlichtungsausschusses zustehen. Jetzt beginnen nun solche Streitfälle die Ausschüsse zu beschäftigen. Die Verhandlungen lehren, daß berechnete Beschwerden vermieden werden können, wenn sich die für die Bezirkskommandos errichteten Ausschüsse in solchen Fällen eine milde Auffassung zu eigen machen. So hatte z. B. der Ausschuss für den schlesischen Industriebezirk Waldenburg dieser Tage über die Beschwerden zu entscheiden, die von Rekrutierten über die Verweigerung des Ablehrscheins geführt wurden. Alle drei Beschwerdeführer konnten nachweisen, daß sie in der Heimat das doppelte verdienen konnten als an dem Platz, dem sie von der Heeresleitung überwiesen wurden. Hier wurden ihnen 42 Pf. Stundenlohn gezahlt und in der Heimat 85 Pf. Da sie dort außerdem bei der Familie lebten, hob sich ihre Lage noch außerdem. Der Ablehrschein wurde den Rekrutierten bewilligt, weil der Ausschuss fast einstimmig der Ansicht war, daß eine Verweigerung des Ablehrscheins die soziale Lage des Arbeiters auf tiefstschädigen müßte und den ersten Willen des Arbeiters zum Durchhalten ungünstig beeinflussen könnte. — Jedenfalls eine sehr verständige Auffassung.

Anerkennung des Koalitionsrechtes. Die Kieler Straßenbahngesellschaft, ein Privatunternehmen, die bisher das Koalitionsrecht ihrer Angestellten nicht anerkennen wollte, hat sich nach vielen Bemühungen der Kieler Leitung des Transportarbeiterverbandes gegenüber zur Anerkennung des Koalitionsrechtes bereit erklärt und zugestanden, daß keinerlei Entlassungen wegen der Mitgliedschaft erfolgen sollen.

In das Arbeitsgemeinschaftsstatut der Handschuhindustrie wurde als erster Vorsitzender Handschuhfabrikant H. Koedl-Rindken, als zweiter Vorsitzender J. Cillinger-Berlin, zweiter Vorsitzender der Lederarbeiter (der erste Vorsitzende des Verbandes Kadler) steht schon seit längerer Zeit im Felde). Als erster Schriftführer wurde der Redakteur des Verbandsorgans Fr. Gisel-Berlin, zweiter Schriftführer Fabrikant W. Horwig-Halberstadt ernannt.

Berlin und Umgegend.

Wann erhalten die städtischen Angestellten die Teuerungszulagen?

Im Dezember wurde die Teuerungszulage für die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Stadt Berlin erhöht. Die Erhöhung trat rückwirkend vom 1. Dezember ab in Kraft. Leider mußten die städtischen Angestellten recht lange auf die Auszahlung dieser Erhöhung warten, denn diese erfolgte erst am 1. Februar. Es gibt allerdings auch Verwaltungen, in denen bis heute die Erhöhungen noch nicht gezahlt sind. Die Angestellten des Zentralvereins für Arbeitsnachweis sind ausdrücklich in die Teuerungszulage mit einbezogen, warten aber bis heute vergeblich darauf. Der Verband der Bureauangestellten hat daher im Interesse der ihm angehörenden Angestellten ein dringliches Gesuch an den Magistrat gerichtet, endlich die Zulagen zur Auszahlung zu bringen. So lange Zeit können doch die Vorarbeiten für diese Auszahlung nicht in Anspruch nehmen.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Drahtarbeiter während des Krieges

Wurde in einer Branchenversammlung am Donnerstag ein Bericht gegeben. Die Branche hatte seit Beginn des Krieges mit großer Arbeitslosigkeit zu kämpfen, die auch noch anhält, als die Konjunktur in anderen Branchen schon längst wieder aufgelebt war.

Bis zum Frühjahr 1916 war die Beschäftigung schlecht. Nach und nach hob sich dann die Geschäftslage und heute kann man von einer Hochkonjunktur sprechen, wie sie selten zu verzeichnen war. Fortwährend werden Kadler gesucht, ohne daß genügend Arbeitskräfte sich finden. Die jüngeren Kollegen sind meist militärisch eingezogen. Die Löhne haben sich seit dem Frühjahr 1916 gehoben. Damals arbeiteten noch ältere Kollegen für 65 und 75 Pf. die Stunde. Heute werden im allgemeinen den Kadlern Stundenlöhne von 1 M. und 1,10 M. gezahlt. Bei dem Arbeitermangel werden in fast allen Betrieben Ueberstunden gearbeitet. Im übrigen hat das Akkordsystem jetzt mehr an sich gegriffen als in Friedenszeiten. Die Kollegen haben es in der Hand, Akkordpreise zu machen, bei denen sie einen Verdienst erzielen, mit dem sie einigermassen bei den Teuerungsverhältnissen auskommen. Die Akkordarbeiter rechnen mit einem Verdienst von 1,40 M. und 1,50 M. pro Stunde. Leider gibt es noch Betriebe, die eine zehnstündige Arbeitszeit haben. Die meisten haben eine neunstündige und einzelne eine 8 1/2 stündige Arbeitszeit. Allerdings werden wegen des Arbeitermangels auch in diesen Betrieben Ueberstunden gewacht. Wesentlich ist dabei aber, daß Ueberstunden tariflich mit einem Zuschlag von 25 Proz. und Nachtarbeit und Sonntagarbeit mit einem solchen von 50 Proz. zu bezahlen sind. Der Obmann der Branche, der den Bericht gab, betonte die Notwendigkeit, die gute Konjunktur auszunutzen, um höhere Löhne zu erzielen und zwar in Form wirklicher Lohn erhöhungen, also nicht bloße Teuerungszulagen. Bei Ueberstundenarbeit sei auch darauf zu achten, daß die prozentualen Zuschläge überall gezahlt werden. Auch sei auf die Ausbreitung der Organisation hinzuwirken, damit beim Kriegsende die verbesserten Arbeitsbedingungen erhalten werden können. — Die Versammelten bekundeten ihr Einverständnis mit den Darlegungen ihres Branchenleiters.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhung der Geldleihe.

Die Hauptverwaltung der Darlehnskassen hat den Beleihungssatz für Kriegausgaben von 75 Proz. auf 85 Proz. erhöht. Der Beleihung zugrunde gelegt wird für fünfprozentige Kriegausgaben der letzte Ausgabekurs von 98, für die 4 1/2 Proz. Schwanenweisungen ebenfalls der Ausgabekurs von 95, für die 5 Proz. Schwanenweisungen von 1914/15 der Kurzwert von 90.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Norddeutsche Eiswerke Akt.-Ges. in Berlin weisen ein Rohvermögen von 1023 124 (1 118 266) aus. Für den Rückgang werden die Einschränkungen im Gastwirts- und Fleischer-gewerbe verantwortlich gemacht. Die Zweigniederlassung in Hannover, die am 1. Mai 1916 an die Hannoversche Eisbahn E. G. m. b. H. veräußert worden ist, hat nicht mehr mitgearbeitet. Die Preiseinnahmen steigerten sich gegenüber den vorjährigen, da das Röhrenwerk gut belegt war. Da die Ausgaben mit Ausnahme der ordentlichen Abschreibungen sanken, so ist der Ueberfluß auf 140 824 M. gegen 113 220 M. gestiegen. Es soll eine Dividende von 4 Proz. (3 Proz.) verteilt werden. Die Gesellschaft hat sich an der Groß-Berliner Kunst-Eisgesellschaft m. b. H., die ein Stammkapital von 220 000 M. hat, und am 1. Januar den gemeinsamen Verkauf und Vertrieb von Kunsteis der ihr anbeschlossenen Eiswerke übernahm, mit 52 000 M. beteiligt.

Soziales.

Ueber 200 000 Altersrentner.

Die Wirkungen der Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente läßt sich ermessen, wenn man die Ausgaben für Altersrente in den Monaten, in denen die neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung gelten, mit den gleichen Monaten des

Vorjahres vergleicht. In den ersten sechs Monaten Januar/Juni wurden auf Anweisung der 31 Versicherungsanstalten durch die Post an Altersrenten ausbezahlt: 1915 6 400 808 M., in den sechs Monaten 1916 6 470 949 M. Es trat also eine Steigerung von 70 141 M. ein, die wohl zum großen Teil darauf zurückzuführen ist, daß der neue Zugang in der Regel mehr Beiträge bezahlt hat als die abgehenden Rentenempfänger. Am 14. Juni trat das neue Gesetz in Kraft, aber bis 1. Juli wurden noch wenig neue Renten festgesetzt. Es wurden ausbezahlt an Altersrenten im Juli 1915 1 068 027 M. und im Juli 1916 1 233 294 M. Ganz anders sieht aber das Bild in den folgenden drei Monaten aus. Durch die Post wurden in den drei Monaten ausbezahlt:

	1915	1916
August	1 063 216 M.	2 034 965 M.
September	1 069 848	3 716 263
Oktober	1 068 287	3 096 618
Zusammen	3 201 289 M.	10 897 881 M.

Nun war also das Gesetz voll in Wirkung. Freilich kann man nicht annehmen, daß die Zahl der Rentenempfänger in demselben Verhältnis gestiegen ist wie die ausbezahlten Renten, denn die Gesetzesänderung trat mit der Wirkung vom 1. Januar 1916 in Kraft. Die Rentenempfänger, die schon vor dem 1. Januar das 65. Lebensjahr überschritten hatten, erhielten bei der ersten Rentenzahlung die Rente vom 1. Januar an nachbezahlt. Aus den steigenden Summen für September und Oktober kann man aber ersehen, daß noch lange nicht alle Rentenansprüche erledigt sind. Man kann aber mit Sicherheit annehmen, daß die Zahl der Altersrentenempfänger sich mehr als verdoppelt wird, so daß wenn alle Nachzahlungen geleistet sind, statt der Monatsausgabe von rund 1 Million dann rund 2 1/2 Millionen Mark im Monat verausgabt werden. Während am 31. Dezember 1915 82 914 Altersrenten liefen, wird deren Zahl jetzt über 200 000 sein.

Der Sturz der französischen Geburtenziffern beschäftigt dauernd die französische Presse. Der „Temps“ vom 18. Januar bringt die traurigen Ergebnisse der offiziellen Statistik, die noch dazu nur die nicht besetzten Departements umfaßt, also den größten Teil der Todesfälle, nämlich jene auf dem Schlachtfelde, überhaupt nicht mitrechnet. Unter Ausschluß der direkten Kriegsverluste also stehen sich die Geburts- und Sterbefälle wie folgt gegenüber:

	Geburten	Sterbefälle
1913	604 454	588 909
1914	504 222	647 549
1915	382 466	644 901

Das ergibt allein in diesen Departements, die außerhalb der Kriegszone liegen, einen Ueberfluß von 15 654 Geburten für 1913, 53 327 Sterbefällen für 1914, 261 835 für 1915.

Dieselbe Statistik gibt dem „Radical“ vom 24. Januar Anlaß zu ersten Erwägungen. „Wenn wir nicht wollen“, schreibt er, „daß Frankreich eine Kolonie für die Arbeiter und die Tätigkeit der ganzen Welt werde, müssen wir heute schon voraussehen und vorsehen. Wir müssen also durch eine andere soziale Organisation den Eltern die Mittel geben, Kinder zu erzeugen und aufzuziehen, denn unsere gegenwärtige Gesetzgebung bevorzugt den Ueberfluß oder den Mangel an Kindern. Alle Kräfte Frankreichs müssen zusammenwirken, um dem ein Ende zu machen.“

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Landvolk; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Kaufmann; für Inserate: E. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen.

Extra-Preise

A. WERTHEIM

Montag bis Mittwoch

Porzellan

Steingut

Glaswaren

- Kaffeegeschirr, weiß**
- Kaffeekannen . . . 35 45 Pf.
 - Milchtöpfe 5 8 10 Pf.
 - Teekannen 45 Pf.
 - Tassen 9 15 Pf.
 - Zuckerdosen 8 15 Pf.
 - Kuchenteller 18 Pf.

- Kaffeegeschirr „Ise“ (Korallenrand)**
- Kaffeekannen v. 65 Pf. b. 1.60
 - Milchtöpfe von 13 bis 65 Pf.
 - Teekannen 65 85 Pf.
 - Tassen 38 Pf.
 - Zuckerdosen 55 Pf.
 - Kuchenteller 60 bis 85 Pf.
- Tafelgeschirr**
- für 6 Personen, 30 tellig, feines buntes Muster . . . 24.50
 - für 12 Personen, 60 tellig, feines Randmuster 47 M.
 - für 12 Personen, 77 tellig . . . 65 M.
 - Geleedosen 75 Pf. bis 1.55
 - Teller mit Fruchtdekor. . . 33 Pf.
 - Schälchen m. Fruchtdekor. 12 Pf.

- Ein Waggon
- ### Steingutgeschirre
- ganz besonders preiswert, als
- Speiseteller, Tassen, Salat-schüsseln

- Waschgarnituren** 4-teilig 1.85
5-teilig 3.95 4.75 5.95 6.75
- Wassereimer** mit Rohrbügel 5.40
- Heringskasten** 90 Pf.
- Fettdosen** 70 Pf.
- Salztöpfe** Randmuster, 6 Stück 1.25

- Prädiglaugarnitur „Olivenmuster“**
- Butterdosen 48 Pf.
 - Käseglocken 60 Pf.
 - Fruchtschalen 95 Pf.
 - Kompottschüsseln von 7 bis 65 Pf.
 - Kuchenteller 35 60 80 Pf.
 - Kompotteller 10 Pf.
 - Zuckerschalen 23 Pf.

- Prädiglaugarnitur „Nora“**
- Butterdosen 65 Pf.
 - Kuchenteller 50 80 95 Pf.
 - Honigdosen 45 Pf.
 - Kompottschalen 16 b. 95 Pf.
 - Käseglocken 95 Pf.

- Garnitur „Elsa“**
- Rotweingläser 45
 - Rheinweingläser 45
 - Süßweingläser 40
 - Likörgläser 33
 - Bowlengläser 45

- Likörgläser geschliffen 28 Pf.
- Süßweingläser geschl. 30 Pf.
- Rotweingläser geschl. 35 Pf.
- Rotweingläser sortiert Formen 18 Pf.
- Bierbecher sort. Formen 15 Pf.
- Fußbecher gepreßt 13 16 Pf.
- Wassergläser gepreßt 9 10 Pf.

- Schmortöpfe mit Deckel 1.00 bis 9.65
- Gaskessel 1.25 bis 4.40
- Herdessel 3.30 bis 3.90
- Töpfe flache 60 Pf. bis 2.50
- Kasserollen ohne Rg. 60 Pf. bis 1.70
- Essenträger mit Henkel 1.00 bis 1.60
- Bratpfannen rund 80 Pf. bis 1.25
- Maschinentöpfe 1.25 bis 4.25
- Kaffeekannen . . . 1.10 bis 2.00
- Teekannen 1.10
- Kaffeemaschinen 1.00 bis 1.60
- Kaffeetrichter Vera . . 80 Pf.

- Dekoriert**
- Eimer 2.35 mit Deckel 3.25
 - Waschgarnituren 3 und 4 tellig 5.75 9.50
" 5 und 6 tellig 16.25 22.50
 - Toiletteneimer m. Rohrbügel 7.50
 - Wasserkrüge 3.75
 - Scheuergarnituren 3.00
 - Leitungsschoner 3.25

- Fleischhackmaschinen**
- „Ideal“ 15.00 16.75
- Brotschneidemaschinen**
- mit Rundmesser 11.00
- Messerputzmaschine**
- „Rigus“ 6.75 10.00
- Reibemaschine** 2.25 3.60 4.75

- Wandkaffeemühle 1/2 Pfund 3.50
- Königskuchenformen 5 Größen 45-90 Pf.
- Kaffeebretter Eiche 3.80 bis 6.00
- Brotkörbe nickelplattiert . . 4.75

Extra schwere

Geschirre „Kosmos“

darunter

Kasserollen, Töpfe hoch und flach

Gaskochertöpfe

Pfannen

und Gaskocherkessel

- Schüsseln eckig 45 Pf. bis 1.80
- Schöpföffel 35 bis 40 Pf.
- Toiletteneimer m. Rohrbügel 6.25
- Wasserkrüge konisch . . . 3.15
- Durchschläge 70 Pf. bis 1.35
- Milchtöpfe konisch 40 bis 90 Pf.
- Bratpfanne „Brate ohne Fett“ 1.10

- Dekoriert**
- Schüsseln 1.10 bis 3.75
 - Tablets 1.25 bis 1.60
 - Teekannen 1.20 bis 1.75
 - Milchtöpfe 35 Pf. bis 1.80
 - Keilschaufeln 1.35
 - Fleischschüsseln 80 Pf. bis 2.50
 - Zahnbürstenschalen 35 b. 45 Pf.
 - Seifendosen 40 Pf.

Wirtschafts-Artikel

- Likörservice messing 6.50
- Kakaokannen für 1/2 Liter . 3.50
- Likörtablets vernickelt . . . 1.20
- Gemüseschneider 60 Pf.
- Kartoffelschälmaschinen 7.50
- Robhaarbese n. L. 3.40 bis 4.20
- Robhaar-Handfeger 1. a Qual 1.80 bis 2.50
- Borstenbesen grau 1.75 bis 3.40
- Borsten-Handfeger 80 Pf. bis 1.10
- Bohnerschrubber 5.25 bis 7.25
- Hahnenwedel 30 bis 90 Pf.
- Putz- u. Wichskasten 45 bis 60 Pf.
- Frühstückbretchen 1.10 1.45
- Kleiderbürsten mit Stiel . . 55 Pf.
- Kleiderbügel lackiert 12 Pf.
- Schlüsselleisten Holz 35 u. 55 Pf.

Besonders
preiswert!

Haushaltungs-Gegenstände

Besonders
preiswert!

Bürstenwaren

Rohhaarbesen	275	3 ⁵⁰	4 ²⁵
Rohhaarhandfeger	1 ¹⁰	2 ²⁵	2 ⁷⁵
Borstenbesen	1 ⁵⁰	2 ⁷⁵	
Borstenhandfeger	1 ¹⁰	1 ⁵⁰	
Schrubber	1 ¹⁵	1 ²⁵	
Straußwedel	1 ¹⁵	2 ⁰⁰	
Kleiderbürsten	1 ⁶⁵	2 ⁰⁰	
Kopfbürsten	85		

Flaschentrichter (Silber) 90 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Fleischmaschinen	13 ⁵⁰	15 ⁰⁰
Brot Schneidemaschinen	9 ²⁵	
Wandkaffeemühlen	5 ⁵⁰	
Heizröhren 2 ⁰⁰ Kollig	3 ²⁵	
Wärmflaschen	2 ⁵⁰	
Leibwärmer	1 ⁵⁵	1 ⁹⁰
Zinkwannen	13 ⁵⁰	16 ⁰⁰ 18 ⁵⁰
Zinkzuber	9 ⁷⁵	13 ⁵⁰ 17 ⁷⁵
Vlechsersandbosen	38	

Glühstrümpfe 35, 45 Pf.

Servierbretter	1 ²⁵	1 ⁶⁵	2 ²⁵
Tablets	1 ²⁵	1 ⁶⁵	2 ²⁵
Frühstücks-Bretter 2 Stück	60		
1 Satz Holzlöffel	1 ¹⁵		
Leitern	Stufe 65, 90		
Gardinenspanner	13 ⁵⁰		
Brotbüchsen	2 ⁶⁵	5 ²⁵	5 ⁷⁵
Email. Einkochbosen fürs Feld	1 ²⁵		
Emailierte Versandbosen	55		

Eimer (verzinkt) 1⁶⁵ 1⁸⁵ 2⁰⁰

Ridel- und Stahlwaren

Ebbeckede mit schwarz Griff, Paar	85	
Feldbestecke 3teilig	2 ¹⁰	
Büchsenöffner	30	
Kabarettgabeln	65	
Konservenglasöffner	15	
Isolierflaschen	2 ⁸⁵	3 ⁸⁵
Teeglashalter	75, 85	
Gläserunterseher	18	

Waschlöpfe 6²⁵ 7²⁵ 8⁰⁰

Emaillierte Geschirre

Gaskessel	2 ²⁵	2 ⁷⁵	3 ¹⁵
Gaskochtöpfe	75, 95		1 ²⁵ bis 4 ⁰⁰
Kafferoellen	85		1 ¹⁰ 1 ²⁵ 1 ⁶⁵
Bratpfannen	55, 75, 95		1 ⁵⁰

Rüchenschüsseln mit zwei Griffen	1 ¹⁰	1 ⁴⁵	1 ⁷⁵ bis 5 ⁰⁰
Eimer	1 ⁴⁵	1 ⁶⁵	1 ⁷⁵ 2 ⁰⁰
Schlafzimmereimer	3 ⁰⁰		

Ruchenformen	95		1 ²⁵ 1 ⁴⁵ 2 ⁰⁰
Wasserkrüge	1 ⁸⁰	1 ⁸⁵	2 ¹⁰
Sand-, Seife-, Soda-	1 ⁴⁵		
Schaum- u. Schöpfköpfe	30, 45, 65		

Wannen (verzinkt)	1 ⁹⁵	2 ⁰⁵	2 ⁷⁵
Milchkocher	1 ⁵⁰	1 ⁸⁵	bis 3 ⁰⁰
Milchtöpfe	90		1 ¹⁰ 1 ⁵⁰
Techannen	1 ⁵⁰	1 ⁸⁵	2 ¹⁰

Glas, Porzellan und Steingut

Billiges weißes Porzellan

Speiseteller	22		
Abendbrotteller	12		
Kompotteller	10		
Terrinen	1 ⁴⁵		
Kartoffelschüsseln	95		
Tunkenschüsseln	48		
Bratenplatten	48, 75		
Salatschüsseln	48		
Tassen	10		

Zafellerie Rosenmuster

Speiseteller	28		
Abendbrotteller	25		
Kompotteller	20		
Terrinen	2 ⁹⁵	3 ²⁵	
Kartoffelschüsseln	1 ⁴⁵		
Salatieren	28		bis 1 ¹⁵
Bratenplatten	30		bis 2 ²⁵

Tafel-Service moderne Formen und Dekor

45 teilig	43 ⁵⁰		
60 teilig	58 ⁵⁰		
60 teilig mit Vollgold-Heidel	75 ⁰⁰		
77 teilig	82 ⁵⁰		

Kaffeefervice

5 teilig	1 ⁶⁵		
9 teilig	3 ⁷⁵	4 ⁹⁵	6 ²⁵
16 teilig	8 ⁷⁵	12 ⁷⁵	17 ⁵⁰

Besonders preiswert!

Teller flach und tief, Goldrand	42		
Abendbrotteller Goldrand	28		
Kompotteller Goldrand	25		
Tassen	25, 35		
Tassen bunt	40		
Satz Töpfe Satz = 6 Stück	1 ⁶⁵		
Teller Goldstern	28		
Dbfervice 7 teilig	1 ⁶⁵		

Tafelgeschirr Brüssel

Speiseteller	42		
Abendbrotteller	35		
Kompotteller	30		
Terrinen	4 ⁰⁰		
Kartoffelschüsseln	3 ²⁵		
Tunkenschüsseln	1 ⁵⁰		
Bratenplatten	1 ²⁵	bis 4 ⁷⁵	
Salatschüsseln	1 ²⁰		
Salzgefäße	55		

Zwei Waggon Steintöpfe reichhaltig sortiert

Preßglasgarnitur 2 Reihen

Kompottschalen	16	25	Pf. bis 1 ¹⁰
Kompotteller	12		
Ruchenteller	38	65	90
Butterbosen	85		
Honigbosen	45		

Besonders preiswert

Schälische	40		
Weinrömer glatt	32		
Weingläser glatt	25		
Likörgläser glatt	15		
Rotweingläser Mattband	38		

Waschgarnituren

„Fürth“ 4 teilig	2 ⁷⁵		
„Stolz“	5 ⁵⁰		
„Mag“	6 ²⁵		
„Goldrand“	8 ⁵⁰		
Tafelervice 23 teilig, Steingut	8 ⁷⁵		
Rüchegarnituren einjährig, Dekor	12 ⁷⁵		

10 Jahre Garantie **MÖBEL** Beste Verarbeitung

Ein-, Zwei- und Drei-Zimmer-Einrichtungen

In erstklassiger Ausführung u. vorzüglichem Material

Schlafzimmer: M. 219, 270, 326, 428 bis 4000
Speisezimmer: M. 333, 426, 505, 622 bis 4500
Herrnzimmer: M. 328, 487, 550, 627 bis 3500
Wohnsalon: M. 242, 369, 429, 543 bis 2500
Neuzellk. Küchen: M. 63, 75, 93, 125 bis 650

Umfangreichste Ausstellung eingerichteter Zimmer in sparten zweckmäßigen Formen und in allen Preislagen

Besichtigung lohnend und erwünscht

Allerbilligste Preise. Sorgfältige, beste Arbeit selbst bei den einfachsten Möbeln

Illustrierter Katalog gratis. Franko-Lieferung durch ganz Deutschland direkt ab Fabrikgebäude an Private

Möbel-Engros-Lager Berliner Tischler- u. Tapezierer-Meister

Albert Gleiser G. m. b. H.

BERLIN C 33 Alexanderplatz Alexanderstr. 42

Spezialarzt

Dr. med. Wockentau,

Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufs- (15/10) störung. Teilzahlung.

Sprechstunden: 11—1 und 6—8.

Direktion Max Reinhardt: **Deutsches Theater.**
7 1/2 Uhr: Dantons Tod.
Nachm. 2 1/2 Uhr (kl. Pr.): Hamlet.
Montag: Othello.

Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Das Konzert.
Nachm. 2 1/2 Uhr (kl. Pr.): Minna von Barnheim.
Montag: Das Konzert

Volksbühne, Theat. a. Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: Kabale und Liebe.
Nachm. 3 Uhr (kl. Pr.): Nachtsyl.
Montag: Weh dem, der lügt!

Theater in der Königgrätzer Str.
7 1/2 Uhr: Erdgeist.
Nachm. 3 Uhr: Kameraden.

Komödienhaus.
7 1/2 Uhr: Die verlorene Tochter.
Nachm. 3 Uhr: Der 7. Tag.

Berliner Theater.
7 1/2 Uhr: Auf Flügeln des Gesanges.
Nachm. 3 Uhr: Wenn zwei Hochz. mach.

Haben Sie Frost?
an Händen, Füßen u. Ohren

Reichel's Frostikon-Balsam

beseitigt Frostbeulen, Rote und Jucken. Fl. 1.—

Reichel's Frostikon-Salbe gegen wunde, aufgebrochene Frostschäden M. 1.—

Wirkung schnell u. sicher!

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Verband der Freien Volkshühnen

Sonntag, den 18. Februar 1917:

Nachmittags 3 Uhr:
Volkshühne, Theater am Bülowplatz: Nachtsyl.
Schiller-Theater Ost: Johannistag.
Schiller-Theater v. Charlottenburg: Kater Lampe
Königlicher Theater: Wenn wir Toten erwachen.

Nachmittags 2 1/2 Uhr:
Selling-Theater: Die gutgeschulten Gde.

Abends 7 1/2 Uhr:
Volkshühne, Theater am Bülowplatz: Montag, Mittwoch und Donnerstag: Weh dem, der lügt! Freitag: Karberh.

Theater für Sonntag, 18. Februar.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: Don Juan.

Geb. Herrfeld-Theater
2 1/2 Uhr: Die Ehre.
Heute 7 1/2 Uhr: Der Stolz der Familie.
Schwank mit Gesang in 3 Akten.

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.
3 Uhr: Jettchen Gebert.

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Der Pusztia-Kavalier.
3 1/2 Uhr: Heimat.

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die schöne Kubanerin.
3 Uhr: Der Bibliothekar.

Metropol-Theater
7 Uhr: Die Csardasfürstin.
10 Min.: Die Kaiserin.
2 1/2 Uhr: Die Kaiserin.

Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.
3 Uhr: Der Vogelbändler.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus
3 Uhr: La Traviata.

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Die Warschauer Zitadelle.
3 Uhr: Die Haubeckerle.
Schiller-Theater O.
3 Uhr: Johannistag.

Alt-Heidelberg.
Schiller-Th. Charlottenb.
3 Uhr: Kater Lampe.
7 1/2 Uhr: Will und Wiebke.

Thalia-Theater.
7 1/2 Uhr: Das Vagabundenmädcl.
3 Uhr: Blondinchen.

Theater am Nollendorfpl.
2 1/2 Uhr: Immer feste druff!
7 1/2 Uhr: Blaue Jungens.

Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Die Fahrt ins Glück
mit Guido Thielscher.
3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Trianon-Theater
3 1/2 Uhr: Die Waive aus Lowood.
7 1/2 Uhr: Willys Hochzeitstag.

Wohnwörter **Arbeiter-**

unnatürl. Einträge des Gedächtnis, Blutübersehen, Vuffeln u. dergleichen am fichersten „Marubla“. Seit 25 Jahren mit wissenschaftl. Erfolgen erprobt. R. 2. 30 Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Hals- u. Lungenleiden

Bei aller Art, wie Keuchhusten, tuberkulösen Entzündungen, Whooping Cough, etc. erprobt, wie zahlreiche Attestationen von Ärzten, Apothekern und Patienten einwandfrei beweisen, unsere

Rotolin-Pillen

in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.

Gutten, Versteifung, Querschnitt, Kachexie, Entzündung im Rachen u. Brustschmerz hören auf; Appetit u. Körpergewicht haben sich bald; allgem. Wohlbefinden kehrt rasch ein. — Erhältlich die Schachtel zu 2 M. in allen Apotheken; wenn nicht vorräthig, auch direkt von uns durch unsere Versandapotheken.

Ausführliche Broschüre kostenfrei. Fleck & Co., Berlin SW 46.

Hauptniederlage: Samariter-Apothekc, Berlin SW. 68, Neuenburger Straße 41. Tel.: Kochplatz 1815.

Delta

Deutsche Luftkriegsbeute-Ausstellung

Ausstellungshallen am Zoo

Schirmherr Seine Königliche Hoheit Prinz von Preußen

Deutschlände von allen Fronten.

Eintrittspreis 1 Mark. Kinder unter 10 Jahren sowie Militär halbe Preise.

Berliner Konzerthaus.

Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.

Heute: **Gr. Konzert**

des Berliner Konzerthaus-Orchesters

Leiter: Komponist Frz. v. Glöck.

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Morgen: Wohltätigkeits-Abend zum Besten bedürftiger Angehöriger von Gefallenen des Res.-Inf.-Regts. 201.

Eisbahn Karpfenteich Treptower Park.

Bestes, gutgepflegtes, 35 cm. hartes Eis.

Eintritt heute Sonntag 50 Pf., Kinder 30 Pf.

Wise auf, zum vorrusschlich letzten Krieg-Eisbahn-Sonntag nach Treptow!

Busch

Sonntag 2 Vorstellung.
3 1/2 Die von der Jugend **3 1/2**
3 1/2 immer noch stürmisch **3 1/2**
 begrüßte Prunk-Ausst.-Pantomime
Die Geierprinzessin.
 Lange Kind auf allen freil!
 horig. Sitzplätze.
7 1/2 Die von Publikum **7 1/2**
 und Presse überaus
 beifällig aufgenommene
 Riesen-Pracht-Wasser-Pantomime
Die versunkene Stadt

in 1 Vorap. u. 4 Akten nach der
 Vinetologende frei bearbeitet u.
 inszeniert v. **Paula Busch.**
 Besonders hervorzuheben:
 D. gr. Sturzvasenfall v. d. Zirkus-
 kuppel u. Untergang der Stadt.
 Das myst. Wiederauftauchen ders.
 Die Bewaher m. all. Geister, Ioh.
 Hühner, Katzen usw. entstieg
 trockenen Fußes der Unterwelt.

Neu! Kolossaler Mangel-Neu!
 Wasser-Effekt
 Das Nixenballett im
 wellenbewegtes Wasser der Arena
 (patentamt. gesch.)
 In beid. Vorstellungen vorher:
Das große Zirkus-Programm!

VIKTORIA-THEATER
 (Saussewe) Kottbusser Str. 6
 Telefon Hebbhn.-Höht.
 Moritzpl. 148/14 Kottbus. Tot

HAGENBECK
 GROSSTE NAUTISCHESPIELGRUND DER ERDE
 Täglich Abendvorstellung
 um 7 1/2 Uhr.
 Mittw., Sonntags, Sonntags
 je 2 Vorstellungen, 3 1/2 u. 7 1/2 U.
 Wochentags nachmittags
 Vorzugssitze.
 Vorverkauf: Hagenbeckkass
 (Hus. St. 6 u. W. rtheim.

Gessing-Theater.
 Direktion: Victor Barnow, V.
 7 1/2 U.: Die beiden Klingsber.
 7.33.M. Die beiden Klingsber.
 Nachm. 3 1/2: Die gutgeacknt. Ecke.
Deutsch. Künstler-Theater.
 7 1/2 Uhr: Der Reisebegleiter.
 3 Uhr: Wenn wir Toten erwachen.

Zirkus A. Schumann
 Der Zirkus ist gut geübt.
 Heute Sonntag, den 18. Februar:
2 Große 2
 nachm. 3 Uhr u. abends 7 1/2 U.
 Nachmittags 1 Kind frei.
 Jedes weitere Kind halbes Preis.
 In beiden Vorstellungen:
 Das schändl., große, glänzende
Zirkus-Programm
 und
Die Seeräuber.
 Gr. Kindstättungs-Gart. in 4 Akten.

National-Theater Stöpenicker
 Straße 68.
Studentenliebchen.
 Operette in 3 Akten. Musik u. Dromme.
 Anweis. gült. 1. 1-6 Pers. b. 17. Febr.
 Portier 0.75, Sessel 1.-,
 Dreifelder-Sessel 1.50.
 Servier. ab 1/2 11-2 u. ab 6 11. abdd.

Palast
 Theater am Zoo
 Heute **2 Vorstellungen 2**
3 1/2 Nachm. jod. Erw. **7 1/2**
3 1/2 1 Kind frei.
 In beiden Vorstellungen:
„Hallo, wer dort?“
 und das neue Februar-Prgr.

MOZART-SAAL
 Nollendorfplatz 6
Versiegelte Lippen
 Drama in 3 Akten.
 In der Hauptrolle:
Wanda Traumann
 u. **Viggo Larsen**
 Oesterreich-Ungarns
 Krieg in Schnees. Eis.
 Internation. 20000
 aus des Kampfes
 in Tirol.
 Beginn: 3 Uhr.

WINTERGARTEN
 Heute 2 Vorstellungen.
 Nachm. 3 Uhr: Kleine Preise!
 Kinder d. Hälfte. Abends 7 1/2 U.
In beiden Vorstellungen
Lillebil's Hochzeitsreise.
 Aegypt. Burleske in 7 Bildern.
 Inszenierung v. Max Reinhardt.
 Hauptdarstell.: Hans Wassmann,
 Lillebil Christensen,
 Katta Sterna, Ernest Matray,
 sowie der große
Februar-Spielplan.

Voigt-Theater.
 Badstr. 58. Badstr. 58.
 Heute nachmittags 3 Uhr:
Grifeldis, ein edles Frauenherz.
 Abends 7 Uhr:
In Leid und Freud.
 ab Montag, den 19. Februar:
Der Sohn der Wilbur.

U.T.
 Die Entdeckung
 Deutschlands.
 Hochinteressantes
 Lichtspiel.
Kapitän Grogg
 im Ballon.
 Tridfilm.
 Die Vorstellungen
 um 3, 5 u. 7 Uhr
 dürfen Jugendliche
 besichtigen
 in den U.T.:
 Nollendorfplatz
 Friedrichstr., Unter den
 Linden, Alexander-
 platz, Weinbergsweg.
 Moritzplatz, GutsMuths-
 Der schwere Gang.
 Schöneberg, Hauptstr.
 Reinholdplatz
 Manny Porten in
 Feenhände.

Rose-Theater.
 3 Uhr: Die zärtlichen Verwandten
 7 1/2 U.: Der fidele Bauer.

Walhalla-Theater.
 3 1/2 U.: Das Musikantenmüdel.
 7 1/2 U.: Das Glücksmüdel.

URANIA Taubenstr.
 48/49.
 Sonntag 4 Uhr. (halbe Preise):
 Im U-Boot gegen den Feind.
 Sonntag und Montag 8 Uhr:
**Der Balkanzug und die
 befreite Donau.**
 Hörsaal: Mont. 8 U.: Dr. A. Köfner:
 Draht- und Blechwarenindustrie.

Zentralverband der Hausangestellten
 Ortsgruppe Berlin.
 Rat und Auskunft in allen Dienstbotenangelegenheiten.
 Engelauer 21 III. von 9-5 Uhr, Sonnabends von 9-3 Uhr.
 Telefon Moritzplatz Nr. 298.
Heiterer Vortragsabend
 von Frau Resi Langer
 Heute Sonntag, den 18. Februar 1917, abends 7 Uhr, im
 „Ruhmessaal“, Neue Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97.
 Da wirklich ein genussreicher Abend bevorsteht, laden wir
 alle Freunde, die gesunden Humor lieben, dazu ein.
Der Vorstand.
 48/4

Apollo
 FRIEDRICHSTEN-AN-DER-KOENIGSTR.
 Heute zwei Vorstellungen.
 Nachm. 3 Uhr, abends 7 1/2 Uhr.
Neues
Februarprogramm.
 Dazu
Neptun auf Reisen.
 Ausstattung: 1. 3 Bildern
 Stürmische Heiterkeit!

Casino-Theater
 Lothringer Str. 27. Täglich 7 1/2 Uhr.
 Trotz des großen Erfolges
 nur noch kurze Zeit
Zwei helle Berliner
 vorher 7 1/2 Uhr dunter Teil.
 Anfang des Stückes 8 1/2 Uhr.
 Sonntag 4 Uhr: Einer vom U-Boot.

Admiralspalast.
 Heute 2 Vorstellg., 4 u. 7 1/2 Uhr.
Schlittschuhläufer-Ballett
 aus der Oper „Der Prophet“
 und
Frau Fantastic.
 Vorzügl. Küche auf allen Plätzen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Heute nachmittags 3 Uhr
 Vorstellung
 zu ermäßigten Preisen!
Neues Programm!
 Abends 7 1/2 Uhr:
Cabaret
Feldgrau

Possen-Theater.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Der Diegende Holländer.
Der alte Wolf.

Ein sicherer Weg

um sich über die diesjährige schöne Mode zu in-
 formieren, liegt in einem Besuch unserer Geschäfte.
 Und da werden Ihnen vor allem die entzückenden
 neuen **Jackenkleider** auffallen.
 Ihr fast durchgehend loser Schnitt gibt ihnen ein besonders
 festes Aussehen. Große geschmackvolle, oft verzierte Kragen
 erhöhen ihren Reiz. Die hohe Taille mit ihrer Erinnerung
 an die Biedermeierzeit verleiht ihnen etwas ungemein liebens-
 würdig Bestechendes. Dazu kommen sehr eigenartige Ver-
 zierungen an Gurt, an Taschen usw. Schöne glodige Röcke,
 meist mit den beliebten Beuteltaschen versehen, und Stoffe
 in den schönsten Farbenshatterungen.



Mehr denn je für jeden Geschmack
 etwas,
 auch für den Ihren!
Rönigstraße 33
 Am Bahnhof Alexandersplatz
Chausseestraße 113
 Beim Stettiner Bahnhof.
 Sonntags geschlossen.

